

Bezugspreise:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.50 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänisch, Goar- und Remelgebiet, Oesterreich, Litauen, Buzenburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stellung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmahl.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einfache Romanzeile 20 Pfennig, Restzeile 15. Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte druckte Wort 25 Pfennig. Gulaßka zwei letzte druckte Worte, jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 11. September 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Geschäftsstelle: Berlin SW 68. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Postk.-Geldkass., Postfach 10000, Berlin SW 68.

Die Einladung nach Berlin abgegangen

Die Teilnahme Italiens noch zweifelhaft.

Genf, 10. September. (WIZ.) Von zuverlässiger Seite wird zu verstehen gegeben, daß heute nachmittags an den Außenminister Dr. Stresemann ein von Briand unterzeichneter Brief abgegangen sein soll, der die Einladung zur Teilnahme an der geplanten Ministerkonferenz über die Sicherheitsfrage enthalte. In dem Brief sollen keine Angaben weder über den Zeitpunkt der Ministerkonferenz noch über den Konferenzort enthalten sein; ferner soll die Frage der Teilnahme Italiens an den weiteren Verhandlungen offengelassen sein.

Man erwartet Deutschlands Antwort.

Genf, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Vorläufig sind die Verhandlungen über den Sicherheitspakt zu einem Stillstand gekommen, da man jetzt erst eine Antwort aus Berlin erwartet. Auskunft von der deutschen Regierung darüber, ob sie eine Konferenz ähnlich den Londoner Beratungen oder kleineren Umfangs und welchen Tagungsart sie wünscht. Der englische Standpunkt geht dahin daß an den geplanten Besprechungen nur die Außenminister der direkt interessierten Großmächte teilnehmen sollen. Dieser Konferenz soll dann eine Beratung zur Regelung der Ostfragen folgen. Die französische Regierung vertritt dagegen die These, daß der gleichzeitige Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen mit Polen und der Tschechoslowakei Voraussetzung für den Abschluß des Garantiepakts ist. Die Schwierigkeit liegt nach französischer Auffassung darin, daß das mit Polen bereits getroffene Militärbündnis in Uebereinstimmung mit dem neuen Garantiepakt zu bringen ist. Die in diesen Tagen gepflogenen Verhandlungen zwischen Benesch, Strzyński und Briand sollen ausschließlich diesem Problem gegolten haben.

Sicherheitsdebatte in Genf.

Chamberlain gegen — Unden für das Protokoll.

Genf, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) In der Donnerstagssitzung des Völkerbundes fand die Aussprache über den Tätigkeitsbericht des Völkerbundes ihren Höhepunkt in den Reden des englischen Außenministers Chamberlain und des schwedischen Vertreters Genossen Unden. Diese Reden bedeuteten eine Gegenüberstellung des konservativen und des fortschrittlichen Standpunktes.

Chamberlain

führte aus: „Ein praktischer Beweis unserer Bewunderung und unseres Vertrauens zu dem Rat des Völkerbundes und seiner Gerechtigkeit ist der Umstand, daß wir den Rat zum Schiedsrichter in einer bedauerlichen Meinungsverschiedenheit zwischen uns und der Türkei gewählt haben, die leider nicht freundschaftlich beigelegt werden konnte. Es kann nicht meine Absicht sein, die Darlegungen über die Tätigkeit des Bundes zu wiederholen. Ich möchte aber darlegen, von welchem Geiste wir erfüllt sind und welches Ziel wir verfolgen, oder welche Methoden nach unserer Meinung zur Erreichung der im Genfer Protokoll niedergelegten Ziele am besten dienen. Es bestehen Meinungsverschiedenheiten in der Versammlung, aber im Ziel ist sie sich einig. (Beifall.) Der dänische Vertreter erklärte am Donnerstag, es sei nicht unsere Aufgabe, den Angreifer zu strafen, sondern den Angriff zu verhindern. Das scheint mir ein guter Grundsatz zu sein, den wir stets im Auge haben sollen. Die Bestrafung des internationalen Verbrechens ist ebenso notwendig wie diejenige des individuellen, aber der Zweck ist nicht die Strafe, sondern die Verhinderung des Verbrechens. Es scheint meiner Regierung, daß der Unterschied dieser Grundsätze bei der Ausarbeitung des Protokolls etwas außer Acht gelassen worden ist.

Es scheint meiner Regierung, daß, wenn der Völkerbund seine Autorität ausüben soll,

den großen Verschiedenheiten der Völker Rechnung getragen werden muß.

Das Protokoll mag für die Verhältnisse einiger Nationen passen, aber zahlreiche große und kleine Völker stehen auf dem Standpunkt der britischen Regierung. Wir scheuen vor allgemeinen Prinzipien und logischen Schlussfolgerungen zurück, weil die menschliche Natur nicht logisch ist. England hat seit 250 Jahren keine Revolution gehabt, und zwar deshalb, weil wir nie allgemeine Prinzipien aufgestellt haben. Wir haben nie Regeln des Handelns für alle Fälle festgelegt. Wir sind immer vom Besonderen zum Allgemeinen fortgeschritten, und unsere Freiheit verdanken wir

dem weisen Grundsatz der Kompromisse

als Lösung der Schwierigkeiten des Augenblicks. So betrachten wir auch diese große internationale Frage. Wir teilen den Wunsch nach einer Regelung der Friedensfrage, nach der Sicherung des Friedens, nach der möglichsten Ausrottung des Krieges. Der Versuch, einen Krieg herbeizuführen, muß alschwer und den Friedensfreunden Zeit gegeben werden, ihren Einfluß verfügbar zu machen und die Beurteilung des Friedensbrechers herbeizuführen.

Man hat im vorigen Jahre so viel über die Sanktionen beraten. Ich sage mit voller Ueberzeugung, daß

die moralischen Sanktionen ebenso wichtig sind wie diejenigen der Gewalt

und daß moralische Sanktionen schließlich am wirksamsten sind. Unser Ziel ist: Alle sollen fühlen, daß der Frieden gesichert ist. Wir verfolgen das gleiche Ziel, das im letzten Jahre angestrebt wurde:

Entwaffnung durch Sicherheit. Sicherheit durch Schiedspruch. Das Schiedsgericht sichert die Abrüstung. Das ist die gemeinsame Plattform des Völkerbundes. (Beifall.) Eine Vorbedingung der physischen Abrüstung ist die moralische Abrüstung. Wir müssen endlich das Mißtrauen und die Furcht bannen, die heute über allen Ländern lastet, namentlich in den ehemals kriegführenden Gebieten. Keine Regierung ist der Meinung, daß wir zunächst diese Furcht in jenen Gebieten bannen müssen, die der Ursprung und Schauplatz des Krieges waren. Wir müssen hier eine Garantie schaffen. Im März habe ich vor dem Rat unsere Ziele dahin entwickelt, den

Völkerbundspakt zu ergänzen durch besondere Vereinbarungen für besondere Zwecke.

Diese Vereinbarungen sollen rein defensiv und im Geiste des Paktes gehalten sein und unter Leitung des Völkerbundes stehen. Dieses Ziel können wir erreichen, wenn diejenigen Länder, deren Differenzen am leichtesten zum Streite führen können, zu einer Vereinbarung gelangen. An diesem Werk ist meine Regierung beteiligt. Wir suchen keine neue Allianz gegen die eine oder andere Macht, keine Fortdauer der Leidenschaft und des Neides der Mächte. Wenn wir so zu wechselseitigen Abkommen uns finden, so hoffen wir, daß wir die Sympathie und Billigung des Völkerbundes erlangen. (Lebhafter Beifall.)

Aus den letzten Worten Chamberlains ging deutlich die Absicht Englands gegenüber jeglichem Rettungsversuch des Genfer Protokolls hervor. Im Gegenjah hierzu ließ die Rede des Genossen

Unden

nicht weniger deutlich den Willen erkennen, mindestens die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit beizubehalten. Unden führte aus: Die einstimmigen Hoffnungen der letztjährigen Völkerbundsversammlung auf Verwirklichung von Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung blieben unerfüllt. Trotzdem sollten Wirkung und Wiederhall der Arbeit des letzten Jahres nicht verkannt werden. Zahlreiche Kundgebungen für die Beibehaltung des Genfer Protokolls haben auf allen Seiten das Verlangen nach wirksamer Friedenssicherung erwiesen, wobei ich

als Beispiel nur die Marzeller Beschlüsse der Sozialistischen Internationale

anzuführen brauche. Ungebühdig erwarten wir das Ergebnis der gegenwärtigen Verhandlungen, die teilweise die Grundgedanken des Genfer Protokolls verwirklichen sollen. Wir erhoffen einen baldigen Abschluß dieser Verhandlungen und gleichzeitig den

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Damit wird die Bedingung für eine allgemeine Abrüstung gegeben sein. Während des vergangenen Jahres hat das Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit durch den Abschluß weiterer Verträge wiederum bedeutende Fortschritte erfahren. Aber trotzdem sollte man sich fragen, ob die Schaffung eines allgemein gültigen, obligatorischen Schiedsvertrages nicht doch der Hoffnung vorzuziehen ist, daß dieser sich durch den Abschluß von Einzelverträgen verwirklichen werde. Zwei Schwierigkeiten stellen sich der Inkraftsetzung dieses Teiles des Genfer Protokolls entgegen. Einmal werden dadurch Zusätze zum Völkerbundspakt nötig, deren Ratifikation stets mit Schwierigkeiten verknüpft ist und ferner verlangt das System des Genfer Protokolls einen vorbehaltlosen Beitritt. (Beifall.) Wie sieht es nicht ein allgemeines Uebereinkommen ausarbeiten, dem die Staaten, sofern sie es für nötig erachten, mit Vorbehalten beitreten können? Da es unseres Erachtens von ungeheurer Bedeutung ist, noch vor dem Zusammentritt der nächsten Völkerbundsversammlung die Möglichkeit der Aufstellung des Grundgedankes der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit zu erwägen, bringe ich folgenden Antrag ein:

„In der Erwägung, welche Bedeutung die Annahme des Grundgedankes der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit bei der Schlichtung zwischenstaatlicher Streitfälle für alle Mächte hat, bittet die Versammlung den Völkerbundsrat, die hierauf bezüglichen Stellen des Protokolls durch eine Sachverständigenkommission einer neuen Ueberprüfung zu unterwerfen, die den Zweck haben soll, die Verwirklichung dieses von der 5. Völkerbundsversammlung einstimmig gebilligten Zieles zu erleichtern.“

Die Vollerversammlung wurde dann auf Freitag vormittag vertagt. Der von Unden eingebrachte Antrag wird der Vollerversammlung noch in dieser Tagung zur Aussprache vorgelegt werden.

Der Podestà.

Und sein Band mit dem politischen Sanitätskordon.

Rom, Anfang September.

Das faschistische Regime scheint sich selbst als eine Infektionskrankheit zu empfinden, gegen die man andere Länder schützen muß. Daher der Sanitätskordon der Postmilitz. Freilich darf man das Bild nicht zu Tode hegen, denn der Zweck des Isolierungsmanövers ist natürlich nicht der, andere Länder vor dem Faschismus zu bewahren; es sollen vielmehr dem Ausland die Elemente zur Kritik des faschistischen Regimes vorenthalten werden. Man schreibe lobend oder man schweige!

Ein gelegentlicher Blick auf die Zustände diesseits des Kordons ist immerhin interessant, um so interessanter, als wir aus der Rede Farinaccis vom 3. September erfahren, daß es sich um einen Dauerzustand handelt, dessen Ende vielleicht erst unsere Entel sehen werden. Wir zitieren im Wortlaut die betreffende Stelle:

„Es gereicht mir zur Freude und zu innerlicher Befriedigung, euch sagen zu können, daß unser geliebter Heerführer seine körperlichen Kräfte und seine schöne blühende Gesundheit vollständig wiedererlangt hat. So merkwürdig dies scheint, diese vollständige Genesung ist zum großen Teil den bösen Wünschen zu danken, die umfließen und zum Teil heute noch im Umlauf sind. Vorgestern sagte er mir, seinen männlichen Blick auf mich richtend, daß er sich seiner körperlichen Kräfte sicher genug fühlt, um es verbürgen zu können, daß sein Nachfolger erst noch geboren werden muß. Im übrigen sollen es sich alle Antifaschisten gelagt sein lassen, daß im schlimmsten Falle aller Wechsel der Minister und auch der Regierungen immer nur eine einzige Partei interessieren würde: die faschistische.“

Daß „böse Wünsche“ als wesentliche Heilmittel in Betracht kommen, ist — nun wir es von Farinacci erfahren — eine wissenschaftliche Anerkennung eines alten italienischen Sprichworts: „Das Pferd, dem man flucht, bekommt ein glattes Fell.“ Vielleicht wäre es klug gewesen, sich nicht damit zu brüsten, wie glatt das Fell ist.

Bis der noch ungeborene Nachfolger so glatten Fells „regierungsreif“ ist, hat man natürlich noch viel Grobes zu vollbringen. In erster Linie die endgültige Beseitigung der kommunalen Selbstverwaltung. Hören wir das „kräftige Wörlein“, das Farinacci darüber sagt:

„Unsere Partei ist absolut gegen kommunale und provinzielle Wahlen. Diese bedeuten für uns Zerstreung und Zeitverlust. Oft sind sie der Anlaß zu Zwistigkeiten, besonders im Süden, wo alter Familienhaß im Kampf um die Bürgermeister oder Stadtratstelle wieder aufflammt. Daß wir die Mehrheit in allen Gemeinden haben, ist von uns bewiesen worden; jetzt müssen wir eine entgegengesetzte Aktion entfalten: alle die Gemeindeverwaltungen beseitigen, die nicht auf der Höhe der Situation sind und nicht streng den faschistischen Vorschriften folgen. Wir müssen durch die außerordentlichen Kommissare normalisieren, um das italienische Volk auf die Einrichtung des „Podestà“ vorzubereiten. Wir haben mit Begeisterung für Neapel die Ernennung eines hohen Kommissars und für Rom die eines Gouverneurs gesehen. Damit hat die Regierung den Grundfah aufgestellt, der die Norm der Zukunft bilden wird.“

Gleichzeitig diskutiert man in der faschistischen Presse darüber, ob der Podestà von der Regierung unter den Ortsangehörigen zu ernennen sei oder einfach ein Staatsbeamter sein solle. So endet die Glorie der italienischen Kommunen, die so viel Blut für ihre Freiheit und ihre Rechte vergossen haben; sie endet mit der Einführung des Podestà, des Zwangsbürgermeisters, nach Habsburger Muster.

Daß wir tatsächlich nicht viel verlieren aus dem einfachen Grunde, daß wir nichts mehr zu verlieren haben, geht übrigens aus einer niedlichen Episode hervor. Bringt da ein Faschistenblatt unter dem 30. August eine begeisterte Beschreibung der städtischen Wahlen von Catania: Manifeste, Umzüge, Ordnungsdienst, Wahlbeteiligung, Schluß der Wahlhandlung, Betannewerden des faschistischen Siegs, Jubel im Volk und nächtliche Freudenemonstrationen — alles wird von dem gewissenhaften Berichterstatter kraßvoll geschildert. Nur eine Bagatelle stimmt nicht; das Geschilderte ist zeitlich etwas verrückt! Die Wahlen haben nämlich nicht am 30. August stattgefunden, sondern sollen erst am 6. September stattfinden! Man erlächte daraus das Tröfliche, daß man in Italien auch ohne Gemeindevahlen, auch im Regime des Podestà, auf begeisternde Berichte von Wählern nicht wird verzichten brauchen.

Während sich der altösterreichische Podestà vorbereitet, reifen wir auch der russischen Institution der administrativen Verschickung entgegen — der faschistische Nationalismus hat seine Bewunderung für das Fremdländische nie verborgen und importiert für sein werdendes Kaiserreich alle abgelegten Gebrauchsgegenstände früherer Kaiserreiche. In seiner Rede bedauert es Farinacci, Orlando nicht ins Zwangsdomizil geschickt zu haben,

und verspricht, im Herbst die Revolution „völlig in den Staat einzufügen“, womit gemeint ist, daß alle Privilegien des Faschismus bis zum Herbst gesetzlich sanktioniert sein werden, womit mit einem Schlage die Ungeheuerlichkeit der herrschenden Partei beseitigt wäre, da ihr jede Gewalttat gegen ihre Gegner gesetzlich freigestellt werden wird. „Bis dahin“, ruft Farinacci aus, „liegt euch Faschisten nur die eine Aufgabe ob: geschlossen hinter unseren Fahnen zu stehen und euch bereitwillig, alles zu wagen für den Triumph unseres Oberhauptes.“

In Erwartung dieses Triumphs wagt man immerhin allerlei, um die Ungerechtigkeiten des „alten Regimes“ zu fortlagern. Charakteristisch ist der Fall von Piacenza, bei dem es sich darum handelt, ein gemeinsames Verbrechen als politisches einzurechnen. Die Operation ist typisch faschistisch, obwohl bei ihr auch ein Moment aus der Partei ausgeschlossener Abgeordneter, der als der Mandant der Mörder des Kriegskruppels Vertua angeklagte Barbiellini, beteiligt ist. Drei Schenkwirte hatten einen Konkurrenten überfallen und verwundet, und waren dafür zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden unter Verwerfung ihres Gnadengesuchs. Da einer der Verurteilten mit dem Polizeikommissar vermandt war, organisierte dieser nachträglich eine Vorgeschichte der Tat: fünf Faschisten bekannten sich als die Schuldigen, wollten aber im Auftrag der Verurteilten gehandelt haben, weil der überfallene Schenkwirt schlecht von Mussolini gesprochen hatte! Die drei Verurteilten, unter ihnen ein Deserteur, lauter vorbestrafte Bada, avancierten mit einem Schlage zu politischen Märtyrern; der versuchte Totschlag aus Vornahme wird zu einer Episode der faschistischen Revolution und die Amnestie deckt alles zu!

Damit alles klappt, hat der Abg. Barbiellini eine schriftliche Erklärung ausgestellt, in der er sich selbst als Mandanten erklärt, was ihn auf alle Fälle ehrt: entweder hat er wirklich „Bravi“ für eine Körperverletzung angeworben und bezahlt, was tapfer und ritterlich ist, oder er gibt seinen etwas anrüchlichen Namen dazu her, drei gegen einen Konkurrenten bewaffnete Kneipenbesitzer zu decken. Es geht nichts über sittliche Werte!

Aber auch die materiellen Werte soll man nicht ganz verachten. Da ist zuerst die „Kornschlacht“, von der wir bis jetzt nur bemerkt haben, daß die Verbilligung des Getreides auf dem Weltmarkt, die die gute Ernte mit sich bringt, Italien ganz erspart bleibt. Der Weizen, der auf hiesigen Märkten im vorigen Juni, als die gute Ernte noch nicht zu spüren war, 36,42 Goldlire kostete, dann im Juli auf Grund des reichen inländischen Ertrages auf 28,82 sank, kostete im August glücklich 37,74. Diesen Aufstieg begleitend, stieg der allgemeine Index von 565 auf 712 (1913 = 100) in einem Monat. Die faschistischen Korporationen leiten den Kampf um bessere Löhne mit einer Forderung ein, die man auch ein Zugeständnis nennen könnte: sie fordern die Abschaffung der Betriebsräte, die heute von den Arbeitern der verschiedenen Fabriken gewählt werden; an ihre Stelle sollen Kommissionen treten, die von der Korporation ernannt werden. Der Gedanke des Podestà, das R. A. Oesterreichische, triumphiert auf der ganzen Linie.

## Deutschnationaler Abwehrwille.

Nachträgliches aus dem Ruhrkampf.

Die „Germania“ veröffentlicht den Brief Dr. Jarres' an die Rhein- und Ruhrzeitung“ unter der Ueberschrift „Material für Herrn Bachem“ und fügt hinzu: „Wir können die Beispiele für den „nationalen“ Betenemut noch um einen typischen Fall bereichern. Während des Ruhrkampfes wurden im Ruhrgebiet Aufklärungs- und Abwehrchriften verbreitet, die sich scharf gegen den Rechtsbruch der Franzosen wandten, aber keinerlei Beleidigungen oder Bedrohungen der Befehlsbehörden enthielten. Um diese Flugblätter

in die Hände der Bevölkerung gelangen zu lassen, bediente man sich der Hilfe der Parteien. Alle Parteioorganisationen erklärten sich dazu bereit und haben die Weiterleitung dieses Materials auch tatsächlich besorgt. Nur der Sekretär der Deutschnationalen Volkspartei in Essen lehnte die Weiterverbreitung ab, mit der Begründung, das Material könne ihn gegenüber der Befehlsbehörde kompromittieren. Die Ueberbringer der Flugblätter mußten scheinungsmäßig wieder dieses nationale Haus verlassen.“

Das sind die Deutschnationalen in ihrer ganzen Größe. Hinter der Front bedrohten sie jeden mit Mord und Totschlag, der sich gegen den Wahnsinn des aktiven Widerstandes auflehnte, wagte, sie nahmen die Schlageter für sich in Anspruch, in der Feuerlinie aber kniffen sie nach allen Regeln der Kunst aus Angst vor einer Kompromittierung der Befehlsbehörden gegenüber. Wie damals, so auch heute noch. Es geht ihnen offenbar wie gewissen vierbeinigen Geschöpfen: je größer die Klappe, desto größer die Angst, jeder Zoll ein ganzer Kleffer.

## Fahrmarktmethode.

Warnungen für das Zentrum.

München, 10. September. (Eigener Drahtbericht). Der katholische Politiker Vitus Heller in Würzburg, der im Gegensatz zum Zentrum und zur Bayerischen Volkspartei in Bayern eine christlich-sozialistische Partei gegründet hat, bezeichnet in der letzten Nummer seines Blattes „Das neue Volk“ die Zentrumsposition der jüngsten Zeit als eine tiefe Verwundung an der Volksgesundheit und Volkstüchtigkeit. Heller charakterisiert die Politiker des Zentrums, die die Arbeiter über die wahre Bedeutung der Dinge hinwegtäuschen, mit folgenden Sätzen:

„Man stelle sich nur vor, die Zentrumsfraktion macht eine Steuer- und Zollpolitik mit Westarp und Luther durch die und dünn mit und verteuert damit die hohen Lebenshaltungskosten des Volkes, dann muß Stegerwald zu den Arbeitern gehen, einerseits diese Politik verteidigend, andererseits den Blick der Arbeiter von dieser Wirkung der Politik im Reichstag ablenkend, und die Regierung zu einer Herabsetzung der Preise veranlassend. Das ist doch eine Fahrmarktmethode. Die Jugend sagt, das sei nicht mehr wahrhaftig, das sei Lüge und Irreführung der Arbeiter.“

Heller weist dann gerade auf Grund der bayerischen Kleinbäuerlichen Verhältnisse nach, daß auch die Bauern bei der Zollpolitik die Betroffenen sind und nur die Großgrundbesitzer an den Getreidezöllen verdienen.

## Traueranzeige.

Wir kommen hiermit der traurigen Pflicht nach, anzuzeigen, daß die „Tägliche Rundschau“ eine zu überaus dauerlichen Mißgeschick erlegen ist. Der Schlagfluß, der sie anlässlich der Ankunft einiger tschechoslowakischer Militärflieger (der deutschnationale „Lag“ feiert dieses in der Geschichte Deutschlands denkwürdige Ereignis in einer umfangreichen photographischen Aufnahme auf der ersten Seite; wir, die wir jedem Hypernationalismus abhold sind, können uns diesem Uebereifer nicht anschließen) betroffen hat, ist ersterer Natur, als man ursprünglich annehmen konnte: er hat zu einer jähen und gänzlich unerwarteten dementia praecox geführt. Die Anzeichen dafür machen sich in einer Weise bemerkbar, die ein völliges Erliegen des Blattes stündlich erwarten lassen.

Man findet in den Spalten dieses vom Auswärtigen Amt, vor allem vom Herrn Außenminister Dr. Stresemann benutzten Blattes nicht nur längere Ausführungen, in denen der Brief des deutschesten aller Männer, Bürgerblutpräsidentenstandbaten a. D., Oberbürgermeister Dr. Jarres getadelt und auf die Feigheit als des besseren Teils der Jugend ein bewegtes Loblied gesungen wird, sondern es begrüßt auch das Ende des für den anständig Denkenden oblißen Roßhardt-Prozesses mit der Erwartung, aus ihm möge bald ein neuer Prozeß gegen den verstorbenen Reichspräsidenten erbühen, um die Frage weshalb der Roßhardt-

Prozeß in der Berufungsinstanz nicht zu Ende geführt wurde, hin zu beantworten:

Es kommt daher, daß ein Hauptzeuge, nämlich der Herr Oberbürgermeister von Kassel, Philipp Scheidemann, nicht vor Gericht erscheinen konnte, da er an einer Affektion des Zwölffingerdarms litt und sich infolgedessen den Anstrengungen einer Reise von Kassel nach Magdeburg nicht unterziehen konnte. Biesch hat man sich darüber gewundert, daß Herr Scheidemann die Sorge um seinen Zwölffingerdarm höher stellte, als die Verpflichtung, für seinen verstorbenen Freund vor Gericht einzutreten. Aber wie dem auch sei: Tatsache ist, daß das Prozeßverfahren gegen Roßhardt an Scheidemanns Zwölffingerdarm hing, und daß es da so lange hängen geblieben ist, bis es nun endlich eingestellt wurde. Wenn jetzt Herr Roßhardt, dank der inzwischen beschlossenen Amnestie, straffrei ausgegangen ist, so mag der „Vorwärts“ darob Herrn Scheidemann und seinen Zwölffingerdarm verantwortlich machen.

Es ist bekannt, daß Genosse Scheidemann durch sein Leiden genötigt worden ist, sein Amt als Oberbürgermeister der Stadt Kassel niederzulegen und daß es ihm in seinen Arbeiten auch sonst starke Hemmungen auferlegt. Aber auch wenn das nicht der Fall wäre — als seinerzeit ein Bube in der „Deutschen Tageszeitung“ gelegentlich des Attentats auf Genossen Scheidemann von einem Kistlerprägenattentat sprach, als sich während des zweiten Roßhardt-Prozesses irgendein deutschnationales Lintensprüherchen erlaubte, eine ähnliche Tonart gegen Genossen Scheidemann anzuschlagen, wie es jetzt das Organ des Reichsaussenministers Dr. Stresemann beliebt, war man sich wie in der gesamten bürgerlichen so auch in der Presse der Volkspartei darüber einig, daß es der Anstand verbiete, neben derartigen Repräsentanten einer gewissen Art von Journalistik Platz zu nehmen.

Wenn man also der „Täglichen Rundschau“ — und das hieße ein vom Auswärtigen Amt gern gesehenes Blatt schädigen — nicht den Vorwurf machen will, es habe sich in das erlauchte Kollegium dieser dunklen Ehrenmänner begeben, so bleibt nur eine Erklärung übrig: dementia praecox; dementia praecox mit wahrscheinlich tödlichem Ausgang.

Wir gestatten uns, dem Herrn Reichsaussenminister unser aufrichtiges Beileid auszusprechen. Vor noch nicht langer Zeit hatte der Herr Reichsaussenminister das Ableben der „Zeit“ zu beklagen. Nun folgt die „Tägliche Rundschau“ nach. . . .

## „Gott Strafe England!“

Jarres, Bayern und Carl Eduard, Prinz von England.

Wir berichten vor einiger Zeit über das Reichsgerichtsurteil, das dem früheren Herzog von Gotha auf Kosten des Landes Thüringen gewaltige Vermögensverluste verschaffte. Uns wird dazu geschrieben:

Was den Fall interessant macht und fast ins Bereich der Satire rückt, ist die Tatsache, daß der Exherzog von Gotha ein leidenschaftlicher englischer Prinz ist und dazu noch durch die Bemühungen des „deutschesten“ aller Männer, nämlich des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten von Bürgerblutgnaden Dr. Jarres in den Besitz des Riesvermögens gelangt ist.

Doch gehen wir chronologisch vor: Carl Eduard, königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog zu Albany, Graf von Clarence, Baron Arklow hat bekommen: die 7 Oberförstereien Kleinschmalldorf, Thal, Georgenthal, Friedrichroda, Lambach, Dietzhay und Stuhhaus mit einem Gesamtsächeneinhalt von rund 20000 Hektar. Außerdem gehören dazu die Berggasthäuser: Domänengasthof in Oberhof, Heuhgrahaus, Spießbergshaus, Inselberghotel und eine Reihe kleinerer Waldgasthäuser. Außerdem gehören dazu das Schloß Friedenstein in Gotha und 12 andere Häuser in der Stadt. Das Schloß Reinhardsbrunn und 994 einzelne Wiesen- und sonstige Grundstücke. Auch die beiden Domänen Gräfinnanna und Döllitz sind zurückgegeben. Doch auch die in Jahrhunderten entstandenen Gothaer Kunstinstitute, das berühmte Museum, Landesbibliothek und Sternwarte Herrn Carl Eduard als persönliches Eigentum zurückgegeben werden mußten, kennzeichnet das Rechtsverhältnis besonders treffend. Durch das Urteil des Reichsgerichts sind dem englischen Prinzen Millionenwerte zum

## Individualpsychologie.

Von Ida Beil.

Vom 5. bis 7. September tagte im Schubertsaal der 2. Internationale Kongress für Individualpsychologie, der an diesen Tagen die Gebiete der Psychologie und Medizin, der Pädagogik und Jugendfürsorge, der Kulturgeschichte und Religion zum Gegenstand seiner Besprechung machte.

Die ungeheure Bedeutung der Umwelt für den Menschen wurde einem durch die Ausführungen von neuem lebendiges Erleben. Und der marxistische Fundamentalsatz, daß nicht das Bewußtsein der Menschen ihr Sein, sondern das gesellschaftliche Sein ihr Bewußtsein erklärt, erhielt eine für uns beachtenswerte psychologische Fundamentierung.

Aus der Fülle der interessanten Vorträge seien die in erster Linie auf der Methode der Dialektik aufgebauten erwähnt, sowie der Hauptvortrag von Dr. Alfred Adler, des Begründers der Individualpsychologie.

Otto Kraus, Berlin, sprach über den „Begriff des Normalen“, zeigte in seinen Ausführungen, daß das Leben, als reale Wirklichkeit gesehen, ewige Veränderung und Wiederholung aller schöpferischen Kräfte ist, so daß es eine Normierung in keinem Falle zuläßt, sondern die Menschheit vor eine unendliche Aufgabe stellt, welche da am besten gelöst wird, wo es am wenigsten auf Kosten der Mitmenschen geht. Denn nur auf diese Weise wird das von Adler als einzige Lebensrealität anerkannte Gemeinschaftsgefühl handelndes Leben in Solidarität.

Dr. D. F. Kanig, Wien, zeigte zum Thema: „Die Notwendigkeit individualpsychologischer Erkenntnisse in der Familie“ an Hand des Adlerschen Begriffes vom Lebensplan und Leitziel des Individuums, daß auch innerhalb der proletarischen Familie sich noch vollkommen der kapitalistische Lebensplan der Herrschaft und Unterdrückung, breit mache, eine Tatsache, aus der sich die Rückschlüsse der Bewegung vor allem mit erklären lassen. Nur an Hand eines Lebensplanes der Solidarität können wir eine sozialistische, klassenlose Gesellschaft herbeiführen.

Frau Ida Beil, Berlin, sprach über Inhalt und Wandel der Idee der Mütterlichkeit und des Adlerschen Finales im menschlichen Handeln und wies nach, daß Mütterlichkeit und Mütterlichkeit nicht das geringste miteinander zu tun haben brauchen, sondern nur da sich denken, wo im Finales des Individuums das Gemeinschaftsgefühl steht, daß die Aufrechterhaltung des Begriffes Mütterlichkeit die Aufrechterhaltung der Vorfürsorge des Mannes bedeutet und damit dieselbe Situation von Herrschenden und Beherrschten wie im Wirtschaftsprozess die von Ausbeutern und Ausgebeuteten.

Dr. Alfred Adler, Wien, der über „Neurose und Begabung“ sprach, wies die Ideologie von angeborener Begabung zurück und zeigte an Hand von Beispielen die ausschlaggebende Be-

deutung der Umwelt für das Individuum und den Mut als die einzige Quelle alles schöpferischen Seins, durch den jeder befähigt ist, bei ernster Arbeit das Gleiche zu leisten, wie der Nachbar. Genie, das ist vielleicht nur Fleiß. (Goethe.)

Der Kongress ergab für uns als Sozialisten die überraschende Tatsache, daß die wissenschaftlichen Forschungsgebiete sich mehrten, welche die restlose Erschließung des wissenschaftlichen Sozialismus ermöglichen und uns den Weg zeigen zur solidaren Gemeinschaftserziehung.

## Der Friedenskranz.

Unter dem Arc de Triomphe  
Schläft in seinem Grabe  
Der unbekannte Soldat.  
Noch wärmt die kleine Sonne  
Leber Paris. Es lärmten die Spahen . . .

Und horch! Erklang ein Wort  
Leber dem unbekanntem Soldaten?  
War er nah dem Erwachen?  
Welch ein Wort  
Leber ihm,  
Der im Brüllen der Offensive verankert? —

„Frieden.“

Horch, war es ein Kranz,  
Niedergelegt am Grabe  
Des unbekanntem Soldaten?  
(Ach, es kamen schon viele Kränze!)  
War es ein Kranz aus Deutschland?  
Und klang wieder das Wort?

„Frieden.“

Ach, sein kleiner Schlaf sei zu Ende?  
Frieden?  
Und er könnte erwachen,  
Ohne die Hölle Front wieder zu hören?  
Frieden??

Unter dem Arc de Triomphe  
Am Grabe des unbekanntem Soldaten  
Steht die Patriotentige Frankreichs.  
Man nimmt den Kranz, welcher „Frieden“ heißt,  
Fort, denn  
Der unbekanntem Soldat  
Unter dem Arc de Triomphe  
Darf nie aufstehen.

Sonst — wehe ihnen!  
Wehe der Patriotentigen Frankreichs!  
Wehe allen Patriotentigen der Welt!  
Wehe!

Georg von der Brinck.

## Eduard Hanslick.

Zu seinem 100. Geburtstag am 11. September 1925.

Unzählige Anekdoten bewahren das Andenken an diesen ersten und gefürchteten Wiener Musikkritiker und Professor für Geschichte und Ästhetik an der Universität Wien. Mit seiner ersten Veröffentlichung: „Vom musikalischen Schönen“ stellte sich der junge Student der Rechtswissenschaft alsbald in die erste Reihe unter den Musikkritikern der Zeit. Bierzig Jahre lang schwang er die Geißel seiner gefürchteten Ironie in der „Neuen Freien Presse“, und selbst Bruchner wußte in einer Audienz beim seligen Kaiser Franz Josef auf dessen Frage keinen anderen Wunsch kundzugeben, als den, der Kaiser möchte doch dafür sorgen, „daß der Hanslick ihn nicht immer so schlecht behandle“. Wofür zu sorgen allerdings nicht einmal in des Kaisers Macht stand. Und Richard Wagner ermahnte eines Tages seine Gäste vom Wiener Richard-Wagner-Verein: „Tut mir den einzigen Gefallen und eßt und trinkt recht tüchtig, seid auch nachher auf der Straße recht fidel, damit man merkt, daß ihr ordentlich gekrümmt habt, sonst wirkt mir nachher der Hanslick noch vor, ich sei gegen meine Gäste geizig!“

Richard Wagner hatte allerdings mancherlei Veranlassung, sich nicht des Allerbesten von Hanslick zu versehen, denn obgleich der zwanzigjährige Hanslick mit Leidenschaft für Wagners „Tannhäuser“ eingetreten war, wurde er doch späterhin Wagners erbittertester Gegner. Um so glänzender war Hanslick als Interpret und Wegbereiter für Beethoven, Brahms, Schubert und Strauss (Johann), im ganzen also als Vertreter der Wiener klassizistischen Zeit und ihrer Art. Noch heute geben seine verschiedenen kritischen Sammlungen: „Aus dem Konzertsaal“, „Kritik und Studien“ und vor allem seine Autobiographie „Aus meinem Leben“ das lebendigste Bild jener Zeit und zugleich einen Begriff von dem überragenden Wissen und der stilistischen Kultur Hanslicks und können durch ihren selbständigen Wert schon vergessen lassen, daß seine Polemik nicht immer ganz einwandfrei gewesen ist!

Die Sächsische Oper Berlin teilt mit: Bruno Walter nimmt seine Tätigkeit an der Sächsischen Oper bereits in der Eröffnungsvorstellung „Die Walküren von Nürnberg“ auf. Die Abonnementsvorstellungen beginnen, wie die Intendanz auf zahlreiche Anfragen mitteilt, erst am 27. September, dem ursprünglich für die Eröffnung vorbestimmten Tage. Wenn auch die unerwartet schnelle Beendigung des Umbaus eine frühere Eröffnung der Sächsischen Oper ermöglicht hat, so war die Einstellung des Abonnements doch bereits unter Berücksichtigung des Termins vom 27. September durchgeführt und eine Neuverteilung nicht mehr angängig. Als erste Abonnementsvorstellung geht Wagner's „Gaubersbude“ unter der musikalischen Leitung von Fritz Jöns in Szene.

Volkshäuser. Die Erstaufführung von Shakespeares „Kaufmann von Venedig“ im Theater am Bülowplatz ist auf Sonnabend, den 19. September, abends 7½ Uhr, festgesetzt. Den Schloß spielt Alexander Granach, den Bassanio Leo Neuh, die Portia mit Erlaubnis der Staatstheaterintendanz Agnes Strauß. Regie: Fritz Doll, Bühnenbilder Edward Suhr.

Ueber „Die krake Eber“ wird am Freitag, den 11. September, in einem öffentlichen Vortrag Dr. Sernau in der „Arbeiter-Kunst“, Parochialstr. 29, abends 7 Uhr, Unkostenbeitrag 10 Pf.

Englisches Theater. Die Gemirce von Alfred Sutros „The Laughing Lady“ findet anfangs Oktober im Reiberg-Theater statt.

persönlichen Vorteil überantwortet, deren Erträge bisher der Thüringer Staatskasse zufließen. Diese Beträge von 2-3 Millionen jährlich müssen nun von den Steuerzahlern aufgebracht werden.

Soweit das Urteil des Reichsgerichts. Und wie ist der Prozeß zustande gekommen? Der Gothaische Landtag hatte im Jahre 1919 durch Landesgesetz den nominellen Besitz des ehemaligen Herzogs als Staatsigentum erklärt, ehe die neue Reichsverfassung vom 11. August 1919 veröffentlicht war, nach welcher Enteignungen im öffentlichen Interesse nur gegen Entschädigung vorgenommen werden dürfen. Carl Eduard ließ die Angelegenheit ruhen und besorgte sich im Laufe der Zeit einen Berater, den er in der Person des früheren preussischen Oberpräsidenten v. Ziller fand, der ein Sohn des verstorbenen Staatsministers von Ziller aus Meiningen ist. Dieser Kgl. Staatsbeamte a. D. wußte die bayerische Regierung für diese Angelegenheit zu interessieren, in deren Gebiet Carl Eduard seinen Wohnsitz hat. Am 30. Oktober 1923 stellte das bayerische Finanzministerium folgenden Antrag an das Reichsgericht:

„§ 1 des Gothaischen Gesetzes über die Einziehung des Gothaischen Hausfideikommisses, des Lichtenberger Fideikommisses, des Ernst-Albert-Fideikommisses, der Schmollsdener Forsten und Hausallods vom 31. Juli 1919 (Gesetzsammlung für den Staat Gotha S. 105) ist mit dem Reichsrecht nicht vereinbar.“  
Dieser Antrag wurde am 6. März 1924 wörtlich vom Reichsminister des Innern Jarres ebenfalls gestellt. Das Reichsgericht entschied lediglich auf Antrag des Reichsministers Jarres und ließ die Frage unerörtert, ob die bayerische Regierung berechtigt war, solchen Antrag zu stellen und sollte am 18. Juni 1925 ein Urteil, das wörtlich mit den gestellten Anträgen übereinstimmt.

Geht man zu England, die „Deutschesten“ aller Deutschen sorgen schon dafür, daß die englischen Prinzen nicht mitbestraft werden, wenn auch der deutsche Staatsbürger seinen Bußel dafür herhalten muß! Herr Jarres ist natürlich ein Mann, ein ganzer Mann, er ist der Deutschesten aller Deutschen, aber er weiß, was sich einem englischen Prinzen gegenüber gehört. Mit einem sorgen Umbiß gibt der sich nicht ab.

## Das Urteil im Maslow-Prozeß.

Vier Jahre Gefängnis — Ausweisung aus dem Reichsgebiet.

Leipzig, 10. September. (Eig. Drahtb.) Im Maslow-Prozeß wurde am Donnerstag nachmittags folgendes Urteil verkündet: Einsetzung des Verfahrens gegen Grylewicz, Schumacher und Schlegel auf Kosten des Reiches, vier Jahre Gefängnis für Maslow, 500 Mark Geldstrafe und Ausweisung aus dem Reichsgebiet. Die beanstandeten Schriften sind einzulehen. Ein Jahr und zwei Monate der Freiheitsstrafe und die Geldstrafe sind durch die Untersuchungsfrist verübt. In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß Maslows hochverräterische Handlungen mit der Anlage gegen die Zentrale der KPD. in Verbindung stehend und besonders gefährlichen Charakters wären. Auch besähe kein Zweifel, daß die schriftstellerische Tätigkeit Maslows genau so der Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand diene wie die Tätigkeit irgendeines anderen Führers der KPD. im Jahre 1923.

Aus der Urteilsbegründung geht hervor, daß auch das Gericht sich darüber im klaren war, auf wie schwachen Füßen die Verurteilung beruht. Die Begründung verneint, daß ein besonders schwerer Fall vorliege, aus dem Grunde, weil Maslow in der ausschlaggebenden Zeit in Rußland war. Sie erklärt weiter, daß die ernsthafte Gefahr eines Gelingens der kommunistischen Aktion nicht bestanden habe. Sie behauptet, daß Maslows Schrift nicht als strafverschärfend herangezogen worden sei. Sie spricht ihm die ehrenhafte Gesinnung nicht ab. So viele Verbeugungen und doch vier Jahre Gefängnis sowie Ausweisung aus dem Reichsgebiet? Einem Deutschvölkischen wäre unter diesen Umständen sicherlich nichts passiert.

## Der Unfall des Genossen Stücklen.

Schwere Stirnverletzungen.

Von unrichtiger Seite wird uns über den Unfall des Gen. Stücklen geschrieben:

Der Sparschuß des Reichstags, dessen Vorsitzender Genosse Stücklen ist, hatte die Aufgabe, in der vergangenen Woche die in Bayern befindlichen reichseigenen Betriebe zu besichtigen. Auf der Rückfahrt von Trostberg nach München passierte das Auto, in dem sich außer Stücklen noch der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Cremer befand, eine kleine Brücke aus Baumstämmen. Die Hinterräder des Autos schlugen in die Höhe und beide Abgeordneten wurden mit Gewalt an die Decke des Wagens geschleudert. Während Dr. Cremer ohne erhebliche Verletzungen davonkam, schlug Stücklen mit dem Kopf an die im Berdick befindliche Eisenstange, wobei er an der Stirn schwere Verletzungen erlitt. Ein Arzt war in der Nähe der Unfallstelle nicht zu finden, so daß erst ein Weg von 20 km bis Wasserburg zurückgelegt werden mußte, wo der dortige Krankenhausarzt dem Genossen Stücklen, der durch den schweren Blutverlust erschöpft war, den ersten Notverband anlegte. In Anbetracht des Ernstes der Verletzungen wurde die sofortige Ueberführung in die chirurgische Klinik nach München angeordnet. Abends nahm Professor Dr. Zenn eine erfolgreiche Operation vor.

Das Befinden des Genossen Stücklen ist in Anbetracht der schweren Verletzungen als zufriedenstellend zu bezeichnen, so daß wahrscheinlich Ende dieser Woche seine Ueberführung nach Berlin erfolgen kann. Trotzdem dürften aber noch Wochen vergehen, bis Stücklen wieder vollständig hergestellt ist.

## Maskenrummel und Fememord.

Vergebliche Ablenkungsversuche.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt zu dem Versuch der Rechtspresse, den Skandal der Fememorde im Zusammenhang mit der Sistierung des Geheimbundes „Ordnung des saurigen Kreuzes“ zu verdunkeln:

In dem Reiz von Gerüchten und Tatsachen, die mit der Feme zusammenhängen, gehört die Verhaftung des früheren Bootsmannes Klapproth, die kürzlich in Wesel auf Grund des Verdachtes der Mithäterschaft an der Ermordung des Leutnants Sand und an einem der Morde in dem Rühriner Forts erfolgt ist. Diese Verhaftung und die Festnahme des berüchtigten Oberleutnants Hildebrandt sowie des Dr. Hübner und des Oberleutnants Schulz steht somit im engsten Zusammenhang mit dem ganzen Komplex des Feme-Banditenums.

Der Ingenieur Paul Hildebrandt war seit nahezu drei Jahren als der Chef einer illegalen „Kampftroop“ bekannt, die schon im Januar 1924 als „Regiment Waren“ (benannt nach der mecklenburgischen Hofenstadt Waren) die Deffentlichkeit beschäftigte,

ohne daß sich die mecklenburgischen Gerichte allzusehr dafür interessierten. Dieses „Regiment Waren“ war eine Restorganisation der „Schwarzen Reichswehr“, die unter Mithilfe reaktionärer mecklenburgischer Polizeioffiziere ihre Leute „anworb“ und einen förmlich terroristischen Druck über den Nordteil Mecklenburgs ausübte. Hier laufen die Fäden der in Mecklenburg verübten Morde zusammen: Der Nord an den „Freiwilligen“ Holz in Schwerin, der Nord an „Baldi“, der immer noch der Aufklärung harret und nun endlich zum Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung gemacht worden ist, sowie die vier Rühriner Morde, die nun im Zusammenhang mit der Affäre des Oberleutnants Schulz in Landsberg an der Warthe untersucht werden. In allen Fällen kommen Oberleutnant Hildebrandt und Dr. Hübner als Mitwisser in Frage, während der Bootsmann Klapproth sogar der Täterschaft verdächtig ist.

In diesen Tagen ist nun dieser ganze, zum großen Teil schon geklärt Komplex durch das Wolffsbureau und seinen Bericht einer Berliner Lokalcorrespondenz mit der Aufdeckung des „Ku-Klux-Klan“ in der Reichshauptstadt verknüpft worden. Infolgedessen liegt die Vermutung nahe, daß eine Verflechtung nur vorgenommen worden ist, um die Konfusion über die sehr ernstlichen Vorgänge zu vergrößern und die Femeorganisation mit ihrem recht tragischen Hintergrund und insofern ins lächerliche zu ziehen, als man sie mit den Tollheiten des „Ku-Klux-Klan“ in einen Topf wirft. Die reaktionäre Presse hat den ihr zugeworfenen Ball aufgefing und berichtet ihren Lesern über das freimaurerisch-völkische Theater, um im Zusammenhang damit die völkischen Fememorde als Sensationsmache zu bezeichnen. So einfach dürften aber die Rechtsparteien von ihrem neuesten Kind, dem „Ku-Klux-Klan“ nicht loskommen! Dazu haben sie sich als die geistigen Väter dieses nationalistischen Spuks schon zu sehr blamiert. Vorläufig kann jedenfalls schon über diese düstere Feme- und „Ku-Klux-Klan“-Geschichte gesagt werden, daß trotz der Verwicklungsversuche gewisser Presse- und Korrespondenzbureaus weder die Blamage der Rechten, die sie mit ihrem unehelichen halb deutsch, halb amerikanischen Kind erlebte, zu vertuschen ist noch die ernste Seite der Angelegenheit, die hinter der völkischen Feme verborgen liegt, irgendwie unterschlagen werden kann.

Der Rechtspresse liegt es besonders am Herzen, die Mitgliedschaft rechtsgerichteter Verbände am „Ordnung des saurigen Kreuzes“ in Abrede zu stellen. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß Angehörige des „Stahlhelms“, „Fronhanns“, „Bismarckbunds“ usw. Teilhaber des Ordens waren. Es ist die übliche Art der nationalistischen Presse, zu der sich diesmal auch der zweifelhaft Bestand der volksparteilichen Blätter gefügt, Geheimbünde zu gleicher Zeit als harmlos zu bezeichnen und ihren eigenen Zusammenhang mit derartigen illegitimen Organisationen zu leugnen.

## Der große Preisabbau.

1/2 Proz. Kohlenverbilligung!

In der Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenpaktats am Freitag wurde der Kreditvertrag, der von einer Redaktionskommission einer Durchprüfung unterzogen worden ist, in seiner endgültigen Fassung genehmigt. Ferner wurde trotz der schwierigen Lage des Ruhrbergbaues beschlossen, mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. an die Verkaufspreise entsprechend der Herabsetzung der Umsatzsteuer um 1/2 Prozent zu ermäßigen, um den Preisherabsetzungsbestrebungen der Regierung nicht durch eine an sich berechnigte Ausnahme Abbruch zu tun. Die Marktfrage wurde dahin gekennzeichnet, daß die Verminderung des Abzuges in den letzten Monaten zum Stillstand gekommen ist.

So weit die amtliche Mitteilung. 1 Tonne, also 20 Zentner Steinkohle, kostet ab 1. Oktober 7 1/2 Pfennige, 1 Zentner mit hin 0,35 Pfennige weniger als bisher.

Jetzt rede noch einer, wir hätten keinen Preisabbau!

## Bergbauprobleme.

Heute, Freitag, beginnen im Reichswirtschaftsministerium Beratungen mit dem Bergarbeiterverband über die Probleme der großen Krise im Bergbau. Hauptgegenstand der Beratung ist die Denkschrift der Bergarbeiter, die vor kurzem erschienen ist, und die neue Wege zur Lösung der Kohlenkrise zeigt.

Zur Bänderung der Krise im Steinkohlenbergbau wurde von der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages soden bei den Beratungen über den Bergbau im Hauptauschuß, die am Donnerstag zu Ende geführt wurden, eine Reihe wichtiger Anträge vorgelegt. Die Fraktion fordert, daß bei der Untersuchung der Komponenten des Kohlenpreises und der Prüfung der Maßnahmen zur Gesundung des Kohlenbergbaues in Preußen wie im Reich Sachverständige der Bergarbeiter- und Angestelltenorganisationen miteingezogen werden. Die durch Stilllegung von Kohlenbergwerken und Betriebseinschränkungen betroffenen Bergarbeiter müssen aus Reichsmitteln in der Höhe entzückt werden, wie das geschieht für den Kaliberbau festgelegt ist; die dem Reich entstehenden Kosten sind auf den Kohlenbergbau umzulegen. Bei etwaigen Verhandlungen über Abgrenzung der europäischen Kohlenmärkte ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Anpassung der Kohlenförderung an den Absatz von allen Kohlenbergbau treibenden Ländern gleichermaßen durchgeführt wird, und zwar nach Maßgabe der Beschlässe des Internationalen Bergarbeiterkongresses in Frankfurt a. M. Die Reichsbahngesellschaft soll endlich dazu veranlaßt werden, mit der schematischen Frachtpolitik zu brechen und die Ausnahmetarife der Vorkriegszeit wieder einzuführen.

Angeichts der bevorstehenden Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen wandten sich die Genossen Österreich und Franz im Interesse der oberösterreichischen Bergarbeiter gegen jede weitere Erhöhung des Polen zugewandten monatlichen Kohleneinfuhrkontingents von 100 000 Tonnen. Zur Förderung des oberharzer Erzbergbaues verlangten unsere Genossen rasche Prüfung und baldige Durchführung der vorliegenden wasserwirtschaftlichen Projekte, insbesondere, soweit sie mit den Mittelstandsanlagenprojekten in Zusammenhang stehen. Da die Grubensicherheitsfragen diesmal aus der Beratung ausgeschlossen worden waren — der Landtag hatte kurz vor der Beratung zur Verbesserung der Grubensicherheit mehrere wichtige Beschlüsse gefaßt, die erst durchgeführt werden müssen —, forderte die sozialdemokratische Fraktion jetzt lediglich die baldige Vorlegung einer Novelle zum Allgemeinen Preussischen Berggesetz, in welcher die Entlastung der mit der Durchführung bergpolizeilicher Vorschriften betrauten Angestellten und Arbeiter unter Strafe gestellt wird, wenn die Entlastung wegen gewissenhafter Beobachtung der Vorschriften erfolgte. Da noch immer über die künftige Gestaltung des Reichsknappheitsgesetzes starke Unsicherheit besteht, soll das Staatsministerium im Reichsrot und bei der Reichsregierung sich dafür einsehen, daß das bestehende Knappheitsgesetz nicht verschleudert wird, die in den letzten Jahren in Begleit genommenen knappheitslichen Sonderleistungen dagegen wieder eingeführt werden. Bei der Erörterung der sozialpolitischen Fragen wurde gegenüber der Haltung der privaten Bergbauunternehmer die Wahrung der sozialpolitischen Rechte der Bergarbeiter bei der Freizug anerkennen hervorgehoben. Nach dem Muster der Preußung wurden übrigens nunmehr auch die Staatsbetriebe des Recklinghauser Bezirks in Anlehnung an die Hibernia wirtschaftsorganisatorisch umgestellt.

## Schafft Zoll-Mitteleuropa!

Die Forderung der Wirtschaftskammer.

Wien, 9. September. (WZ.) Die mitteleuropäische Wirtschaftstagung hat eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die Tagung erblickt ein Hauptübel der mitteleuropäischen Wirtschaftslage in der weitgehenden Isolierung der kleinstaatlichen Volkswirtschaften. Die Tagung ist der Ansicht, daß durch die Schaffung eines ausgedehnteren Wirtschaftsgebietes im Wege des Zusammenarbeitens der wirtschaftlich aufeinander angewiesenen Staaten ein großer Teil der bestehenden Mißstände behoben werden könnte. Hierfür wäre eine Reihe von Uebereinkommen nötig, die die Vorteile eines großen Wirtschaftsgebietes bei gegenseitiger Achtung der vollenkommen politischen und wirtschaftlichen Souveränität der einzelnen Staaten sichern würden. Handelspolitisch wäre es wünschenswert, ein eigenes Zollregime für das Gebiet der mitteleuropäischen Staaten auf der Grundlage der gegenseitigen Vorzugsbehandlung zu erstreben und die Erzwürungen des Personen-, Zahlungs- und Kapitalverkehrs auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Verkehrspolitisch wäre es wünschenswert, den Zusammenschluß der einzelnen Eisenbahnsysteme zu fördern und die Donauschiffahrt durch die Kooperation der nationalen Schiffsahrtsgesellschaften einerseits und durch die Kooperation der Land- und Schiffsahrtsbeförderung im Wege eines gemeinsamen Tarif- und Umschlagsystems andererseits auszunutzen. Währungspolitisch würde es sich empfehlen, die verschiedenen Währungen auf dieselbe Grundlage zu stellen. Zur Prüfung der Durchführbarkeit dieser Vorschläge wird auch von den Vertretern der mitteleuropäischen Staaten eine gemeinsame ständige Arbeitskommission eingesetzt, die die Gründung einer ständigen mitteleuropäischen Wirtschaftsorganisation vorzubereiten hätte.

## Beamtenstreik in Deutschösterreich.

Stillelegung der Gerichte.

Wien, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Bundesangestellten demonstrierten am Donnerstag in Stärke von 5000 Mann gegen die bestehenden Gehaltsverhältnisse. Die Regierung hatte ihr Personal vor der Teilnahme an der Demonstration ohne Erfolg gewarnt. Selbst ein großer Teil der Richter beteiligte sich an der Kundgebung, so daß der Justizdienst ruhen mußte. In einer Entschließung wird eine allgemeine ausreichende Erhöhung der Bezüge gefordert und der Wille zum Ausdruck gebracht, für die Erreichung dieses Zieles mit den schärfsten Mitteln in den Kampf zu treten. Am Nachmittag nahmen die Bundesangestellten den Dienst wieder auf.

## Demonstrationsstreik.

Wien, 10. September. (WZ.) Nach Blättermeldungen erschienen heute vormittag aus Anlaß des Demonstrationsstreiks der Beamten Abordnungen der Justizwache im Sitzungssaal des Landgerichts I und forderten den Vorsitzenden und die Verteidiger auf die Verhandlungen einzustellen. Trotzdem die Justizwache auf das Ungelegliche ihrer Handlungsweise aufmerksam gemacht wurde, führte sie die Häftlinge ab und veranlaßte Jüngere und Publikum zur Räumung des Saales, so daß der Vorsitzende die Verhandlung vertagen mußte. Kanzlei- und Wachtbeamte schloßen dann sämtliche Türen des Gebäudes, stellten Posten davor auf und begaben sich zu den Kundgebungen vor dem Rathaus. Erst nach Beendigung der Demonstrationen wurden die Türen wieder geöffnet, worauf die abgeräumten Verhandlungen stattfinden konnten.

## Abbau der Kontrolle versprochen.

Genf, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Zur österreichischen Frage hat der Rat den Vorschlag des Finanzkomitees gebilligt, der den kufenweisen Abbau der Kontrolle ab 31. Dezember d. J. vorsieht. An diesem Datum wird Zimmermann Wien verlassen. Die vollständige Aufhebung der Kontrolle erfolgt, wenn der Stand des Staatshaushalts es erlaubt, jedoch muß sich Oesterreich verpflichten, die Wiedereinführung der Kontrolle zu dulden, sobald es seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommt.

## Generalangriff auf das Rif.

Vormarsch ins Innere.

Paris, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Die angekündigte große spanisch-französische Offensive auf der gesamten marokkanischen Front scheint nunmehr begonnen zu haben. Die Spanier haben nach der Landung in der Nähe der Hauptstadt des Rif-Idris beträchtliche Truppenmengen an Land gebracht. Ueber den Verlauf der Hauptlandung bei Cebo Illa wird der „Information“ aus Tanger gemeldet: Das spanische Expeditionskorps, bestehend aus 16 000 Mann auf etwa 100 Hilfschiffen, hat von Ceuta aus drei Tage entlang der Rifküste manövriert, um auf diese Weise die Wachsamkeit des Gegners zu täuschen. Die vereinigte französisch-spanische Flotte, die die Landung deckte, hat die Rifküste an verschiedenen Punkten heftiger Beschließung unterworfen. Die Rifabteilungen hatten mit Artilleriefeuer geantwortet, wobei ein spanisches Schiff leicht beschädigt worden ist. Außerdem hat ein spanisches Kanonenboot einen spanischen Zerstörer getramt. Gleichzeitig mit den Truppen sind auch Tanks an Land gebracht worden. Die der Küste vorgelagerten Klippen hatten die Operation sehr erschwert und mußten zum Teil mit Dynamit gesprengt werden.

Bemerkenswert ist, daß bei diesen Operationen die Teilnahme der Franzosen sich auf die Unterstützung der spanischen Truppen durch Flotte und Flugzeuge beschränkt hat. Die französischen Truppen sind also nicht in die spanische Zone eingerückt. Auch auf der französischen Front soll die Offensive begonnen haben. Hier soll von Uezon bis Buluga seit Tagen Geschützfeuer andauern. Abd el Krim wird demnach im Norden durch die Spanier und von Süden durch die Franzosen angegriffen. Der Kriegsplan der Franzosen und Spanier scheint dahin zu gehen, den Riftruppen zunächst die Verbindung mit dem Meere und damit die Zufuhr von Waffen und Munition abzuschneiden, um sodann durch einen vereinigten Vormarsch von Norden nach Süden die Riftruppen zurückzudrängen.

Strafen für Schwarz-Weiß-Rot. Natürlich nur im Saargebiet. Dort in Sulzbach erhalten alle, die anlässlich der Jahrtausendfeier Schwarzweißrot getragen hatten, Strafbefehle. Zu dieser verbottenen Flagge hatte tagsvorher ein Urteil des Landgerichts Saarbrücken angeregt, welches das von der Regierungskommission erlassene Verbot als ungesetzlich bezeichnet hatte, entgegen den Versailles Bestimmungen, die Bevölkerung nicht vorher befragt worden war.

Die Deutschenverfolgung in Südtirol. In Bozen hat der italienische Präfektur-Kommissar die städtische Haushaltungsschule aufgelöst; dafür soll eine Mädchen volksschule eingerichtet werden. Das Augustiner-Gymnasium in Brigen muß die Ueberführung der ersten Klasse sofort, die der zweiten und dritten Klasse noch im Verlaufe dieses Jahres einstellen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Wozu die Reichsbahn Geld hat.

### Für Korruptionsprämien und „Streikabwehr“.

Für 400 000 Eisenbahnarbeiter kann die Reichsbahn nur 20 Millionen zur Erhöhung der Löhne aufbringen. Für die Masse der unteren Beamten ist überhaupt kein Geld da. In 1200 höhere Beamte aber werden neben den Gehältern 55 Millionen für Prämien ausgegeben. Auch für mittlere Beamte hat man noch 14 Millionen in Form von Prämien übrig. Die großzügige Dotierung des Aufsichtsrats mit 852 000 M. und des Direktoriums mit 420 000 M. haben wir bereits wiederholt erwähnt. Um die unzufriedenen Eisenbahner zu „beruhigen“, erläßt die Hauptverwaltung der Reichsbahn unterm 31. August an sämtliche Reichsbahndirektionen folgende Verfügung:

### Bereitstellung von Mitteln für die Streikabwehr.

Der Notverkehr mit Kraftfahrzeugen, der bei einem Streik in Frage kommen kann, wenn ein eigener Notverkehr der Reichsbahn nicht oder nur in unzulänglichem Maße ermöglicht werden kann, wird auf Kosten der Reichsbahn eingerichtet und durchgeführt. Die entstehenden Kosten sind bei den zur Streikabwehr jeweils zur Verfügung stehenden Mitteln zu verrechnen. Für den Notverkehr mit Kraftwagen bleiben die normalen Tarife in Anwendung, sowohl für bei Ausbruch des Streiks bereits rollende Güter, wie auch für solche, die nach Einrichtung des Kraftwagenverkehrs zur Beförderung angenommen werden.

Nach Abschluß des Vertrages mit der „Kraftverkehr Deutschlands G. m. b. H.“ werden wir eine Abschrift übersenden.

ges.: Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, Hauptverwaltung, Dr. Wehrauch.

So stellt die Reichsbahn Mittel zur Verfügung, um den Lohnkonflikt auf ihre Art „beizulegen“. Die Eisenbahnbeamten werden mit einer vom 29. August datierten Verfügung des Generaldirektors abgefunden, in der es heißt:

„Wie der Reichsbeamte steht der Reichsbahnbeamte in einem öffentlich-rechtlichen Gewaltverhältnis mit den besonderen Pflichten der Treue, des Gehorsams und der gewissenhaften Erfüllung der übertragenen Obliegenheiten. Mit seiner Verpflichtung, das öffentliche Interesse der Gesellschaft zu wahren, ist eine willkürliche Dienstverweigerung unvereinbar.“

Genau hat die Reichsbahn die Pflicht, für eine geordnete Betriebsführung zu sorgen. Bäge es aber nicht nahe, das so zu versuchen, indem man den Eisenbahnern eine auskömmliche Existenz garantiert? Die Reichsbahngesellschaft bestreitet selbst nicht, daß die Bezüge der großen Masse der Eisenbahner unzulänglich sind. Wie wäre es, wenn sie die 55 Millionen, die sie für die benötigten Prämien ausgibt und die Mittel, die sie für die „Streikabwehr“ bereithält, zur Aufbesserung der Bezüge der Eisenbahner verwenden würde?

Auch der Hauptverwaltung der Reichsbahn dürfte nicht unbekannt sein, daß die Kraftfahrer im Deutschen Verkehrsband organisiert sind und dieser mit dem Einheitsverband der Eisenbahner in einem Kartellverhältnis steht. Mit der Organisation der „Streikabwehr“ riskiert die Reichsbahnverwaltung nur die Verbreiterung des Kampfes.

Warum aber Kampf? Die Forderungen der Eisenbahner sind bescheiden. Nach den Darstellungen der Reichsbahn würde die restlose Erfüllung dieser Forderungen eine jährliche Mehrausgabe von 144 Millionen erfordern. Während der Monate April-Juli hat die Reichsbahn einen Betriebsüberschuss von 36 Millionen erzielt, wovon 100 Millionen als Reparationsbeitrag zur Verfügung gestellt werden müssen. Wenn wir auch berücksichtigen, daß die Reichsbahn erhebliche Aufwendungen für sachliche Ausgaben machen muß, darf man doch immer die Tatsache betonen, daß die Ueberhälte so groß sind, daß für höhere Beamte im Jahre 55 Millionen Sonderprämien gegeben werden und daß man in großzügiger Weise Mittel für eine „Streikabwehr“ zur Verfügung stellt, ohne die von uns angeführten Ueberhälte anzugreifen. Gerade diese verhängnisvolle Einstellung, die mit herausfordernden Kompromissnahmen eine Gefahr darstellt, die zunächst gar nicht bestand, kann am ehesten diese Gefahr heraufbeschwören.

## Der Schiedsspruch für die Reichsarbeiter.

### Eine allgemeine Lohnerhöhung abgelehnt.

Das in der Lohnstreitfrage der Reichsarbeiter vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Schiedsgericht fällt am Donnerstag abend nach mehrstündigen Verhandlungen unter dem Vorsitz des ehemaligen Staatsrats Dr. v. Müller folgenden Schiedsspruch:

1. Der § 4 des DNR vom 21. März 1923 tritt mit den aus Ziffer 3 dieses Schiedspruches sich ergebenden Änderungen mit Wirkung vom 1. September 1925 wieder in Kraft.

2. Den Parteien wird aufgegeben, mit Beschleunigung die Ortslohntafeln eingehend nachzuprüfen und sie, wo es zur Angleichung an die vergleichbaren tarifmäßigen Durchschnittslöhne privater Unternehmungen erforderlich ist, mit Wirkung vom 1. September 1925 entsprechend zu erhöhen. Sind solche Privatunternehmungen an einzelnen Orten nicht vorhanden, so sind die Verhältnisse der Nachbarorte oder der allgemeinen Wirtschaftslage zu berücksichtigen. Im Falle der Nichteinigung fällt ein vom Reichsarbeitsminister zu ernennendes Schiedsgericht den Schiedsspruch.

3. Die Löhne der Arbeiter von 16 Jahren werden auf 50 Proz., von 17 Jahren auf 66 Proz., von 18 Jahren auf 86 Proz., von 19 Jahren auf 90 Proz., von 20 Jahren auf 92 Proz. des Grundlohnes eines 24jährigen Arbeiters festgesetzt.

4. Der Artikel 3 des Zusatzabkommens erhält folgende Fassung: Bei Dienststellen, bei denen die Mindestdienstzeit der Beamten in der Regel unter 51 Stunden für die Woche beträgt, tritt für die männlichen Arbeiter dieser Dienststellen eine gleiche Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein. Bei der Lohnberechnung bleibt diese Verkürzung unberücksichtigt. Dementsprechend wird auch die Ausführungsbestimmung 9 zum DNR, wie folgt geändert: Bleibt bei vollbeschäftigten männlichen Arbeitern in Anwendung des Artikels 3 die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden für die Woche unter 51, so sind trotzdem der Lohnberechnung in diesen Fällen 51 Stunden zugrunde zu legen.

5. Erklärungsfrist dem Schlichter gegenüber und der Parteien untereinander bis zum Montag, den 14. September 1925, mittags 12 Uhr.

Heute werden die Organisationen zu dem absolut unbefriedigenden Schiedsspruch Stellung nehmen.

### Einigung in der Zigarrenindustrie.

Der am 3. September im Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedsspruch für die Zigarrenindustrie ist von beiden Seiten angenommen worden. Mit Wirkung vom 7. September haben die Löhne eine Erhöhung um 7 Proz. erfahren. Damit sind die in verschiedenen Gegenden ausgebrochenen Streiks und die in Sachsen und Schlesien angedrohten Aussperrungen gegenstandslos geworden.

### Gehaltsbewegung im Versicherungsgewerbe.

Das am 4. Juni mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen getroffene Gehaltsabkommen ist von sämtlichen am Tarifvertrag beteiligten Angestelltenverbänden zum 1. Oktober genehmigt worden, um die seit Mai unverändert gebliebenen Gehaltsätze der inzwischen eingetretenen Teuerung anzupassen. Dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen wurde, wie üblich, die Notwendigkeit und Richtigkeit einer Erhöhung der Gehälter bekräftigt. Demgegenüber besteht der ZvV darauf, daß über seine Forderung sofort verhandelt wird.

### Eine Aussperrung im Baugewerbe.

Königsberg, 10. September. (M.B.) Nachdem in den letzten Tagen in 16 verschiedenen Orten Ostpreußens die Bauarbeiter zur Durchsetzung ihrer Forderungen die Arbeit niedergelegt haben und die heutigen Verhandlungen zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten ergebnislos geblieben sind, ist heute vom ostpreussischen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in einer Generalversammlung die allgemeine Aussperrung der Bauarbeiter für Sonnabend beschlossen worden.

### Der Streit in der chemischen Industrie Sachsens beigelegt.

Dresden, 10. September. (M.) Im Streit in der chemischen Industrie Sachsens wurde gestern unter dem Vorsitz des sächsischen Schlichters, Oberregierungsrat Dr. Franz, ein verbindlicher

Schiedsspruch gefällt, der bis zum 24. Januar 1926 eine Erhöhung der Löhne von 64 auf 71 Pfennig vorsieht. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen werden.

### Schiedsspruch für den niederschlesischen Bergbau.

Breslau, 10. September. In den Lohnstreitigkeiten im niederschlesischen Bergbau wurde von dem Schlichter für Niederschlesien ein Schiedsspruch gefällt, der eine Lohnerhöhung von 7 Proz. mit Wirkung vom 1. September ab vorsieht. Die Erklärungsfrist läuft am 18. September ab.

### Vom englischen Gewerkschaftskongress.

London, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Im Mittelpunkt der Donnerstagssitzung des Gewerkschaftskongresses standen die Begrüßungsreden der ausländischen Gäste. Der russische Delegierte Tomski, dessen Rede auf dem vorigen Kongress in der britischen Gewerkschaftsbewegung starken Widerspruch hervorgerufen hatte, polemisierte gegen den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam indem er sich gegen dessen Methode der schriftlichen Auseinandersetzung und für die Methode mündlicher Verhandlungen aussprach. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Kongress für die Festigung der Freundschaft zwischen den russischen und englischen Gewerkschaften beitragen werde. Brown von der Amsterdamer Zentrale erwiderte, die Amsterdamer Internationale sei nicht gegen die Einheit, müsse sich jedoch gegen die Diktatur über die Gesamtbewegung durch ein einzelnes Land wenden. Der Kongress nahm dann gegen eine Stimme eine Entschließung an, durch die der Generalkongress ermächtigt wird, Schritte zwecks Herbeiführung der gewerkschaftlichen Einheit in einer allumfassenden Gewerkschaftsinternationale zu unternehmen. Er autorisierte damit die vom Generalkongress zum Teil eigenmächtig unternommenen englisch-russischen Einigungskonferenzen.

Scarborough, 10. September. (M.B.) In der heutigen Vormittagsitzung des britischen Gewerkschaftskongresses wurde eine Entschließung angenommen, die eine Neuregelung der Versorgungsgesetzgebung verlangt, so daß in Zukunft einem in Ausübung seines Berufes arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter eine Rente von nicht weniger als Zweidrittel seines durchschnittlichen Arbeitseinkommens als Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden soll.

Der Gewerkschaftskongress hat beschlossen, den Generalkongress der Gewerkschaften mit der Heranziehung des Esperanto als amtliche Sprache des internationalen Verkehrs zu beauftragen.

### Der Bankangestelltenstreik in Frankreich.

Paris, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Justizminister hat jetzt in den Streit der Pariser Bankbeamten vermittelnd eingegriffen. Er forderte beide Parteien auf, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Die Bankbeamten teilten auf Grund dessen mit, daß sie bereits ihren Schiedsrichter gewählt haben und daß eine schnelle Lösung des Konfliktes zu erwarten sei, wenn ihr Vertrauenssoortium nicht abgelehnt würde.

### Der australische Seemannstreik.

Da sich trotz der rigorosen Regierungsmassnahmen die Streikflotte verschärft hat, sehen die Schiffsgesellschaften sich veranlaßt, vernünftiger Methoden zur Beilegung des Streiks anzunehmen. Die Industriellen drängen auf eine baldige Beilegung des Schiffahrtstreiks, da die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse völlig darniederliegt und bereits ungeheure Schäden entstanden seien. Die Vertreter der interessierten Gesellschaften kamen daher gestern mit den Vertretern des australischen Gewerkschaftsbundes zu Verhandlungen in Sydney zusammen.

Achtung, Affordmurer und Affordmeisterträger des Deutschen Bauwerksbundes! Die neu errechneten Affordlohnätze sind im Bureau, Engelauer 24/25, Zimmer 58, abzuholen.

Der Vereinsvorstand.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Grafenau; Gewerkschaftsbewegung: Felix Grafenau; Feuilleton: A. B. Föhrer; Satire und Sonette: Fritz Rühl; Anzeigen: H. Glöck; Jämlich in Berlin. Verlag: Schmidt-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Schmidt-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2.

Einkochgläser	
enge Form	weite Form
1/4 1/2 3/4 1 Liter	1/2 3/4 1 1 1/2 2 Liter
34 36 38 40 Pf.	40 44 46 48 55 Pf.
Gummiringe dazu, 30 Stück 40 Pf.	
(Bei 100 Gläsern 5%, bei Großabnahme höhere Rabatte)	

5 Pfund blaue Pflaumen	65 Pf.
Kochäpfel Pfund	6 Pf.
Eßäpfel Pfund	10 Pf.
Kochbirnen	15 Pf.
Weintrauben gold, Pfd. 30, blau	24 Pf.
Pfirsiche Pfund	40 Pf.
Wirsing-, Rot-, Weißkohl Prima Holländer Pfund	5 Pf.
Seelachs	25 Pf.
Schellfisch	28 Pf.
Kabeljau	38 Pf.
Bücklinge Pfund	58 Pf.
Dellkat.-Sülze Pfund	48 Pf.
Landleberwurst Pfund	1 25
Gefüllt. Schink. Fleischwurst, Pfund	1 40
Leberwurst feine Braunschw. Mettwurst, Pfd.	1 30
Zerelat- und Salamtwurst, Holst., Pfd.	1 90
Kürbis . . . Pfund	5 Pf.
Mohrrüben gewaschen, Pfund	5 Pf.
Senf- u. Schmor- gurken Pfd.	9 12 Pf.
Tomaten Pfund	12 Pf.
Lebende Karpfen Schuppen Pfund Spiegel Pfund	1 55 1 85
Edelkrebse Mandel von an	95 Pf.
Flundern starke I. Stk. geräucher., Pfund	75 Pf.
Camembert Allg., vollfett, Schacht.	35 Pf.
Tilsiter vollfett, Pfd.	1 20 80
Goudakäse allg. Pfund	85
Edamer holländisch, Pfund	1 15
Schweizer dän. finn. Pfund	1 25 1 45

# A. WERTHEIM

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

## Besondere billige Lebensmittel

Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat  
Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

### Frisches Fleisch

Hammel-Vorderfleisch, Pfd.	80 Pf.
Hammel-Keule, ganz u. geteilt und Rücken, Pfund	95 Pf.
Schweinebauch u. Rücken u. Stk., Pfd.	1 25
Kaßler Rippspeer Pfd.	1 30
Prima Gefrierfleisch	
Rinderkamm und Brust Pfund	55 Pf.
Kalbskamm und Brust Pfund	75 Pf.
Kalbskeule und Rücken Pfund	95 Pf.

Kapaune . . Pfund	1 20	Konfitüren 3-Pfund-Eimer	
Poulets junge, Pfd.	1 55	Pflaumen 1 35	Kirschen 1 35
Suppenhühner feine, Pfund	1 55	Himbeer 1 35	Aprikos. 1 35
Junge Gänse Pfund 1.45 u.	1 35	Hawai-Ananas ca. 8 Schälben 1/2 Dose	2 50
Gänse-Brust u. Keulenstücke Pfund	1 60	Oelsardinen portug., 1/2 D. 95 Klubb.	52 Pf.
Wild und Rebhühner billigst		Rindfleisch ohn.Knoch. 1-Pfd.-Dose	76 Pf.
Linsen gut kochend Pfund	18 Pf.	Kuchen Strauß Stück	35 Pf.
Erbsen Viktoria Pfund	22 Pf.	Bienenstich Stück	45 Pf.
Tafelreis Pfund	24 Pf.	Apfelstrudel Stück	55 Pf.
Makkaroni Bruch, Pfund	38 Pf.	Mohnstang. Stück	65 Pf.
Preise für 1/2 Flasche einschließl. Steuer ohne Glas			
Edelapfelwein Tafelobst	67 Pf.	1921 Hatvaner Riesling (Wachstum Baron Hatvany) gold., teiner ungar. Tafelw.	2 50
1923 Hainfelder Oberhaardter, mild	85 Pf.	1921 Haut Sauternes weißer Bordeaux, edel, alt	4 M
1923 Mosenicher Brunnchen süßf. Tischwein	1 M	1922 Kirchheim. Rotwein mild	1 M
1923 Alshelmer Goldberg milder Rheinweine	1 05	1922 Domaine de Novéant französischer Rotwein	1 40
1922 Remicher Goldberg pikanter Mosel	1 10	Johannisbeer-, Stachelbeer-, Heidelbeerwein süß, reine Qualität.	1 05
1920 Niersteiner kerniger Rheinweine	1 40	Tarragona rot, alt . . .	1 35
1921 Neumagener Engelgrube (Wachstum Jacoby) Mosel, reif, mild . . . . .	1 80	Jamaica-Rum-Verschnitt * 40 Vol. Prozent . . . . .	3 20
1921 Liebfraumilch II zart, feilich	2 20		

# Jeden Freitag und Sonnabend billiger Verkauf Reste u. Abschnitte

Deutschnationaler Wählerfang.

Eine Teuerungsdebatte in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Die Deutschnationalen haben Mut! Im Reichstag sorgen sie dafür, daß die Lebensmittel verteuert werden. Nachdem das gelungen ist, wollen sie in Berlin den Magistrat zum Kampf gegen die Teuerung mobil machen.

Die gestrige ordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung begann unter dem Vorsitz des Vorsitzers Genossen Hah nach 5 Uhr. Die Anfrage der beiden Parteien der Rechten, betr. den Ankauf der Herrschaft Düppel-Dreilinden wurde vom Stadtrat Busch dahin beantwortet: Der Magistrat hat sich in der Erwägung, daß das 750 Hektar umfassende Terrain, wovon 500 Hektar Wald, für die Groß-Berliner Bevölkerung im hygienischen Interesse außerordentlich wertvoll ist, auf die dem Prinzen Eigenschaft gehörige Herrschaft bis zum 1. Oktober 1926 materielle Anstellung auf das Terrain gesichert.

zu dem Ergebnis gekommen ist, daß die Stadt Eigentumsansprüche an den Schlössern, Parks usw., die die Hohenzollern reklamieren, rechtlich nicht geltend machen kann, daß sie aber nach beendeter Auseinandersetzung mit dem Preussischen Staat darüber verhandeln will, daß diejenigen Objekte, welche für die Berliner Bevölkerung von Bedeutung sind, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Das unbegreifliche Ich.

31] Geschichte einer Jugend. Roman von Tom Kristensen. (Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. C. Vogel.) Ich war ganz verwirrt und Tränen blendeten meine Augen. Dann stand ich ein Weilschen und sah mir meine staubigen Knie an, aber ich büffelte sie nicht ab. Ich ging nach oben. Als ich in unser Zimmer trat, war niemand darin; doch ich beachtete das nicht weiter. Mutter war wohl heruntergegangen, um zum Essen einzutauschen.

lanischen" Richter etwas zugesprochen erhalten, so wäre es glatt unmöglich, im Wege gültiger Vereinbarung auch nur das Geringste zurückzukriegen. Man spreche so viel von der Ersprißlichkeit einer Rechtsangleichung an Deutschland; warum nehme man sich nicht ein Beispiel an dem österreichischen Gesetz, welches die Republik zur Eigentümerin des gesamten beweglichen und unbeweglichen Hofjärsars erklärt und dessen Ertragnis zur Fürsorge für die durch den Weltkrieg gesundheitlich geschädigten Staatsbürger anweist?

Wolle man mit Erfolg Siedlungsposittil treiben, so müsse man den Siedlern Gelände in Erbpaßt überlassen, weil sie sonst der hohen Kosten wegen nicht bauen könnten. Die Gegner des Erbbaurechts seien dieselben Kreise, die den Grund und Boden überhaupt der freien Spekulation überantwortet wissen wollten.

Rach Erledigung einer großen Anzahl kleinerer Vorlagen und nach Bekannngabe dreier Anträgen der DDP und des Zentrums nahm die Versammlung einen zu Anfang der Sitzung eingebrachten Dringlichkeitsantrag der Deutschnationalen in Beratung, wonach in einem gemischten Ausschuss besprochen werden soll, was leitens-der Stadt, geschehen kann, um die Lebensmittelpreise zu senken.

Wenn diese Teuerung eingetreten ist, so hat doch gerade die Partei des Herrn Koch die meiste Schuld daran.

Schon die Ankündigung der Zollvorlage hat auf die Lebensmittel außerordentlich verteuernd gewirkt; darüber hinaus will die Reichsregierung alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um der Teuerungswelle Einhalt zu tun. Das geschieht aber mit durchaus unzulänglichen Mitteln.

Merten (Dem.) richtete an die Antragsteller die dringende Aufforderung, mit ihrer Begründung doch nicht zurückzuhalten; er habe keine Worte dafür, daß eine Partei, die im Reiche eine verkehrte Wirtschaftspolitik mitgemacht habe, hier in einer auf die Bedürfnisse im Reich fast einflusslosen Körperlichkeit mit einem derartigen Antrag

Da sprang die Tür von selbst auf, und schlug der Länge nach in das Schlafzimmer herein. Berwirrt erhob ich mich und bemerkte Mutter, die vornübergebeugt auf einem Stuhl an der Seite des Bettes saß. „Ach, es ist so schlimm!“ stöhnte sie. Auf dem Fußboden vor ihr war eine große Pfütze Blut. „Was ist denn?“ rief ich und lief zu ihr hin. Es ging ein Ruck durch sie hindurch und ein Bluffstrahl sprang ihr aus dem Mund. „Was soll ich tun?“ Sie antwortete nichts; sie beugte sich bloß vornüber und räusperte sich. „Mutter, Mutter, was soll ich tun? Soll ich das Scheuertuch holen?“ Dann fiel sie über das Bett und ein tiefes, verzweifelltes Schluchzen tönte aus den Rissen. „So, so, so,“ sagte ich und streichelte sie, „nicht weinen, nicht weinen, du wirst schon sehen, es ist gar nicht so schlimm.“ Mutter hob den Kopf hoch, und ihre dunklen Augen blickten mich an. Dann lächelte sie; aber das Lächeln verzog bloß ihr Gesicht und verriet ihre ganze Trostlosigkeit. Ich konnte nicht länger so stehen bleiben. Ich warf mich über sie und weinte; ich weinte wider als je, ich stieß mit den Füßen aus, ich schrie. „Aber Junge!“ sagte sie, und dann raffte sie sich auf: „es ist gar nicht so schlimm!“

komme. Das sei eine Politik mit doppeltem Boden. Nachdem Dr. Alexander (Komm.) und Richard Kunze gesprochen hatten, lief ein Antrag unserer Genossen ein, dem Antrag Steiniger hinzu zu setzen: „Der Magistrat wird ersucht, unverzüglich alle Maßnahmen zu treffen, um eine Verbilligung des Frischfleisches herbeizuführen.“ Oberbürgermeister Böß: Der Magistrat hat bereits die Initiative ergriffen, um auch seinerseits auf die besorgniserregend gestiegenen Preise einzuwirken; auf seine Anregung ist die Verbilligung des Brotes durch Erhöhung des Brotgewichts zurückzuführen, ebenso die Tätigkeit der mittleren Preisprüfungsstellen. Um eine direkte Einwirkung auf die Veränderung der Preise, speziell der Fleischpreise, zu üben, soll der Versuch gemacht werden, durch die städtischen Güter in unmittelbarer Verbindung mit der Landwirtschaft zu treten, Vieh zu kaufen, hier schlachten zu lassen und Frischfleisch in den Markthallen mit Hilfe der Kleinfleischer auf den Markt zu bringen, und, wie wir hoffen, wesentlich billiger der Bevölkerung zu bieten.

heute, wo 60 Viehkommissionäre vorhanden sind, in der Vorkriegszeit nur 30, heute, wo wir 700 Großschlächter haben gegen 300 im Jahre 1913.

ist es kein Wunder, daß die Fleischpreise gestiegen sind. Im Ausschuss mitzubereiten wird der Magistrat sicher gern bereit sein. — Böß (Dnat.) bemühte sich, die von Merten verlangte Begründung nachzuklären. Versäße (Abp.) warnte vor neuen Experimenten, die den Mittelstand erdroffen müßten, und beschuldigte die Deutschnationalen, sich an dem ungerechtfertigten Kleintrieb gegen den Kleinhandel beteiligt zu haben, während doch tatsächlich die Erzeuger die Schuld trügen.

Gen. Ulrich: Die gleichen Kreise, die die Zollvorlage zustande gebracht haben, versuchen hier ein Scheinmännchen, um der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Die Arbeitgebererschaft behauptet, die deutsche Wirtschaft werde durch die sozialen Lasten, durch die hohen Löhne und durch den zu hohen Standard der Lebenshaltung der Arbeiter erdrückt. Alle drei Behauptungen sind falsch. Die erste ist durch das Reichsarbeitsministerium widerlegt, die beiden anderen werden einfach durch den Vergleich mit der Vorkriegszeit entkräftet. Die deutsche Industrie will jetzt den Weltmarkt durch niedrige Löhne und längere Arbeitszeit erobern; das ist eine Unmöglichkeit. Und sind es nicht die Rechtsparteien, die an alledem schuld sind, die heute aus rein demagogisch-agitativen Gründen hier eine Verbilligungsaktion inszenieren? Ist das nicht geradezu ein Skandal und eine Schande? (Rärm rechts.) Wirt nicht der Zollkrieg mit Polen weiter verteuern auf den Preis für frisches Fleisch? Wir bitten den Magistrat, unbeflümmert um alle Widerstände der Interessenten, jede Maßnahme zu ergreifen, die eine wirksame Verbilligung der Preise für Frischfleisch herbeizuführen kann. (Lebhafter Beifall.) — Dr. Leidig (DDP.) wies den Angriffs Ulrich gegenüber auf die unbefriedigende Lage der Weltwirtschaft und auf die starke Passivität der deutschen Handelsbilanz hin. Wenn der deutschen Industrie die Exportmöglichkeit nicht gewährleistet werde, sei nicht nur sie bedroht, sondern auch die deutschen Arbeiter wären dann die Leidtragenden. Die Landwirtschaft müsse in den Stand gesetzt werden, viel intensiver als bisher zu arbeiten und zu produzieren, um den deutschen Lebensmittelbedarf zu decken, und darin liege auch die Rechtfertigung des Zolltarifs. Es bleibe dem deutschen Volke daher gar nichts übrig, als die höhere Belastung des Ernährungsbedarfs auf sich zu nehmen. Mit Rücksicht darauf, daß zu dem Gegenstand noch eine Reihe von Rednern gemeldet war, schloß sich die Versammlung um 1/9 Uhr dem Vorschlage des Vorsitzers an, die weitere Beratung und die Sitzung zu vertagen.

Der Amokläufer vom Bahnhof Westend geisteskrank.

Die nächtliche Mutilat, die sich seinerzeit auf dem Bahnhof Westend abspielte, wird nunmehr keine gerichtsliche Sühne finden. Wie erinnerlich, hatte dort eines Nachts der Lokomotivführer Matthias Klein den Stationsvorsteher brutal niedergelassen und durch weitere Schläge mehrere Beamte schwer verwundet. Klein war damals von Köln nach Berlin zu einem Kongress gekommen. Gelegentlich eines Besuchs von Bekannten in Oberschöneweide hatte er dann stark getrunken und in diesem Zustande dort einen Zug bestiegen, um auf dem Lehrter Bahnhof umzusteigen und nach Köln zurückzufahren. Er war jedoch eingeschlafen und so über die genannte Station bis zur Kopffstation Westend hinausgefahren. Als hier der Zug geräumt wurde, und der schlafende Klein zu diesem Zwecke geweckt werden mußte, zog er nach kurzer Auseinandersetzung seine Pistole und es kam zu der verhängnisvollen Schießerei. Nachdem er im Laufe seiner Vernehmungen

Drunten im Schlafzimmer herrschte eine wilde Verwirrung. Der Säugling lag auf der Kommode und schrie. Eins der Mädchen wischte das Blut auf und rümpfte dabei die Nase. Ein anderes bekam den Auftrag, nach dem Arzt zu laufen. Frau Mogensen war damit beschäftigt, Mutter auszu ziehen und sie ins Bett zu legen. „Nein, nein,“ stöhnte Mutter, „meine Wäsche ist nicht rein, ich kann ja selbst. Und wozu ein Arzt? Ich habe keine frische Nachjacke.“ Ich war überstürzt. Was sollte ich tun? Ich ging nach der Küche hinaus und fand eine Brotkruste. Der Arzt kam, ein großer Herr in einem braunen Mantel. Er sprach lange mit Mutter und Frau Mogensen. Ich sah und knabberte. Das war das einzige, was mich tröstete, der kräftige Schwarzbrotgeschmack. Rund um mich herum standen die vertrauten Dinge, und mein Blick weifte lange auf jeden einzelnen von ihnen, ein Teller, eine Kasserolle, ein Kartoffelknäpf. „I du Gerechter!“ hörte ich Frau Mogensen ausrufen, und dann klapperten ihre Pantoffeln über den Korridor und die Treppe hinunter. Der Säugling quarrte, und ein Mädchen sagte: „Pst, pst, so, so!“ Der Arzt murrte und Mutter schluchzte. Die kleine Anna, die Zweitjüngste von Frau Mogensens Kindern, mit kohlschwarzen Augen und hängender Unterlippe, kam in die Küche und sah mich an. Dann bewegte sie den Mund, als ob sie etwas sagen wollte. Sie zog die Stirn in nachdenkliche Falten. Darauf machte sie kehrt und ging wieder aus der Küche heraus. Bald danach kam sie zurück. „Ja, das stimmt, was ich dir sage,“ stotterte sie, „du sollst bei uns wohnen.“ Eine Stunde später wurde Mutter nach dem Krankenhaus gefahren. 8. Während seiner kurzen Ferien kam Waldemar auf die Idee, Max Darling zu einer Tour mit sich nach Ranking einzuladen. Er tat es bloß, weil es ihm Spaß machte, mit dem kleinen Wesen zusammen zu sein; aber ihre schwarzen Augen und ihr Lächeln verrieten, daß sie der Einladung eine tiefere Bedeutung beilegte, und ihre Zweideutigkeit war so kindlich, daß sie ihn rührte. (Fortsetzung folgt.)

selbst angegeben hatte, daß er infolge wiederholter Konflikte mit den Besatzungsbehörden im Rheinland in einen starken Erregungszustand geraten sei und an Verfolgungsideen leide, wurde er in der Unterfuchungshaft auf seinen Geisteszustand untersucht. Professor Seelert und Dr. Bürger haben nun als Sachverständige des Vorliegens des § 51 bejaht, da die Tat in einem pathologischen Reizzustand begangen worden sei. Klein ist daraufhin bereits aus der Unterfuchungshaft entlassen und von der Polizei als gemein gefährlich Geisteskranker einer Irrenanstalt überwiesen worden.

### Brandstifterpsychose?

Berlin ist von einer Brandepidemie erfaßt. Im Osten, im Norden, auch im Westen flammen trotz schärfster Schutzmahnahmen, trotz Polizeistreifen und Turmwachen die Bodenfeuer auf. Die alarmierte und erregte Bevölkerung tut ihr möglichstes, Personen werden festgenommen, deren Tatverdächtigkeit meist auf Zustimmung beruht. Wenigstens sind einwandfreie Feststellungen in dieser Hinsicht kaum erfolgt. Ist es nun erbracht, diese Massenbrände durchwegs als Brandstiftungen verbrecherischer oder geisteskranker Elemente zu bezeichnen? Politische Motive sind ohne jeglichen Sinn und Zweck ausgeschlossen. Eine Verurteilung der Böden hat im allgemeinen auch nicht stattgefunden. Bleibt also nur noch übrig, daß Geistesranke die Bevölkerung durch ihr gemeingefährliches Treiben in Aufregung versetzen. Zweifel drängen sich aber auch hier auf: Können geistig Verwirrte trotz schärfster Kontrolle immer wieder, im Süden, Norden und Westen ungewarnt geschickt organisierte Schadenfeuer entfachen? Aber ein anderes sagt man sich unwillkürlich: Liegt denn in jeder einzelnen Feuermeldung Brandstiftung vor? Dieser Fall in der Schönwalder Straße, über den wir kürzlich im „Vorwärts“ berichteten, gibt doch zu denken Anlaß. Hier war Fahrlässigkeit einer Hausbesitzerin die Ursache des Feuers, das man natürlich zunächst ebenfalls für eine Brandstiftung hielt. Die überaus gefährliche Suggestionswirkung solcher Berichte sollte nicht unterschätzt werden. Darum gilt es für die nächsten Tage: Beobachtet mit äußerster Wachsamkeit, seid auf dem Posten, wenn es gilt, verbrecherischen Individuen das Handwerk zu legen. Aber seid vor allem auch selbst nicht leichtsinnig. Kaltes Blut zu bewahren, ist eben auch hier unbedingte Voraussetzung.

### Ein dritter Dachstuhlbrand am Donnerstag.

Großfeuer — das dritte an einem einzigen Tage — kam am Donnerstag nachmittag um 3 Uhr aus noch nicht ermittelter Ursache in Schönberg, Königsmag 16, nahe dem Leuthenpflanz und der Leuthenstraße bzw. Kolonnenstraße, zum Ausbruch und rief unter den Hausbewohnern eine förmliche Panik hervor. Hausbesitzerin und Straßenpassanten bemerkten den dicken Rauch und alarmierten die Feuerwehr. Als Branddirektor Fiedler an der Brandstelle ankam, stand der Dachstuhl des Wohnhauses — kein Gehäus — schon an mehreren Stellen vollständig in Flammen. Diese hatten schnell so reiche Nahrung gefunden, daß sofort „Mittelschwer“ an alle Wachen gemeldet wurde, worauf weitere vier Böschzüge aus Berlin und Tempelhof ausrückten. Mit vier Motorpumpen und einer mechanischen Seltzer gelang es, die Nacht des entstellten Elements um 4 Uhr zu brechen. Herbeigekommene Kriminalbeamte konnten bisher über die Entstehung des Brandes nichts ermitteln. Sie schieben auch vor einer sehr schweren Aufgabe. Berlin ist groß. Es vollständig zu überwachern ist unmöglich. Aber auch die Bevölkerung selbst ist noch immer recht gleichgültig. Weder die Hausbesitzer noch die Mieter sind auf dem Posten.

### Er wußte sich nicht anders zu helfen.

Wie der Arbeiter Paul Warmer, der wegen Bigamie vor dem Landgericht III stand, zu seiner zweiten Frau kam, war ein Beispiel dafür, wie leichtsinnig und ohne schwerwiegende Gründe Menschen eine zweite Ehe eingehen, ohne die Scheidung der ersten zu bewirken. Nach seiner Angabe hatte der Angeklagte sich lediglich deshalb wiederverheiratet, weil er anders keinen Urlaub aus dem Gefängnis erhalten konnte. Die nur auf dieser Basis aufgebaute Ehe hatte natürlich keinen Bestand. Die Eheleute waren im ganzen etwa zwei Monate zusammen und saßen sich dann nicht mehr. Warmer klappte dann ein Verhältnis mit einer anderen an und lebte schließlich mit ihr zusammen. Da er nicht im Hause und unter den Angehörigen des Mädchens, dem er erzählt hatte, er sei geschieden, ein großes Verbrechen drängte das Mädchen zu einer Heirat, zumal sie schon vier Jahre mit dem Angeklagten ging. Die Versuche, die Scheidung zu erreichen, waren vergeblich, und so ging der Angeklagte dann in der Furcht, die Braut zu verlieren, und weil er sich, um dem Verbrechen zu entgehen, angeblich nicht anders zu helfen wußte, mit der Nachfolgerin seiner Frau auf das Standesamt. Schon nach sechs Wochen wurde die Doppelhehe entdeckt und Warmer kam unter Anklage. Das Schöffengericht verurteilte ihn unter Berufung auf das öffentliche Interesse zu einem Jahr Gefängnis. Sein Einspruch dagegen beschränkte sich auf das Strafmaß, jedoch wurde die Frau verurteilt. Die Berufung der milderen Umstände von der Berufungskammer des Landgerichts III verworfen. Sie hielt nur für die letzten sechs Monate der Strafe eine Bewährungsfrist für angemessen.

### Vor der Aufführung eines Mordes.

Vor zwei Jahren wurde am Bollwerk bei Oranienburg in der Havel die Leiche des 20 Jahre alten Mechanikers Varduhn aufgefunden. Da an dem Toten keinerlei Verletzungen festgestellt wurden, so glaubte die Behörde, daß B. Selbstmord verübt habe. Trotzdem glaubte niemand, der den Sparum lebenden, jedoch stets lustigen Varduhn kannte, daß er freiwillig den Tod gesucht habe, sondern man war der Meinung, daß er von anderer Seite ins Wasser gestoßen worden sei, zumal bei dem Toten selbst und auch in seiner Schlafstelle keinerlei Gasmittel vorgefunden wurden. Dieser Tage wurde nun auch der Nordkommission davon Mitteilung gemacht, diese ging den Spuren nach und ermittelte, daß Goses, der Mörder des Handelsmannes Vohmeyer, sehr gut mit dem Varduhn bekannt gewesen sei. Auffallend ist es auch, daß Goses, der stets an Gasmittel geknüpft hatte, gleich nach dem Auffinden der Leiche Varduhns über größere Gasmittel verfügte.

### Neue Bestimmungen für Kraftdroschken.

Der Polizeipräsident von Berlin hat im Einverständnis mit dem Magistrat folgende Bestimmungen für die Kraftdroschken herausgegeben, aus denen wir folgenches entnehmen:

Als Droschken werden für Berlin zugelassen: 1. Großkraftdroschken, 2. Kleinkraftdroschken, 3. Motorrad-droschken (versuchsmäßig). Sämtliche Droschken erhalten den gleichen Fahrpreisanzeiger. Die vom Fahrpreisanzeiger angezeigte Grundrate ist Höchstziffer, und zwar 1. für Großkraftdroschken im vollen Betrage, für Kleinkraftdroschken in Höhe von 75 Proz., 3. für Motorrad-droschken in Höhe von 50 Proz. Wagen, die billiger als zur Grundrate fahren, müssen auf der Windschutzscheibe in der rechten oberen Ecke mit einem in Weißfarbe aufgemalten, zinnroten, zwei Zentimeter breiten Kreis von 20 Zentimeter inneren Durchmesser versehen sein. In diesem Kreis ist mit gleicher Farbe der Prozentsatz der Grundrate einzumalen, zu dem der Wagen fährt. Die Fahrer von Kraftdroschken, die billiger als zur Grundrate fahren, müssen eine gedruckte Berechnungstabelle mitführen. Bis zum 1. Januar 1926 müssen sämtliche Wagen mit dem gleichen Fahrpreisanzeiger, sowie mit dem auf die Windschutzscheibe aufgemalten, die Wagenzahl angezeigenden Kreis und dem im Innern der Wagen angebrachten Schild mit Angabe der Fahrpreishöhe versehen sein. Bis dahin haben die Kleinkraftdroschken in dem roten Farbentkreis das Wort „Mitteltaxe“ zu tragen, besaglichen alle Großkraftdroschken, die zur Lage der Kleinkraftdroschken fahren wollen. Sondern bei diesen Wagen der Fahrpreisanzeiger die volle Grundrate

angezeigt. Ist im Innern ein Schild anzubringen mit der Aufschrift „Mitteltaxe entsprechend Tabelle“. Bis zum 1. Oktober 1926 müssen alle Fahrzeuge entsprechend der Vorschrift dunkelblau gefächert sein.

### Zweitägiger Sonderzug ins Riesengebirge.

Die Reichsbahndirektion Berlin beabsichtigt, am 19./20. September den Versuch mit einer zweitägigen Sonderzugfahrt nach dem Riesengebirge zu machen. Der Sonderzug verkehrt bei ausreichender Befragung am Sonnabend, den 19. September von der Stadtbahn, Charlottenburg ab 1.14 nachmittags, über Frankfurt a. d. O., Hirschberg nach Oberschreiberhau und Krummhübel, wo er um 9.22 bzw. 9.01 abends eintrifft. Die Rückfahrt erfolgt am Sonntag, den 20. September von Krummhübel um 5.52, von Ober-

**Achtung!**  
**SPD.-Betriebsvertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre!**  
Am Dienstag, den 15. September, abends 7 1/2 Uhr,  
in den Musikerkälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31:

## Konferenz

aller SPD.-Funktionäre der Betriebe und Gewerkschaften.

### Tages-Ordnung:

1. Die Sozialdemokratie im roten Hause. Referent: Stadtverordneter Ernst Reuter.
2. Unsere Aufgaben im bevorstehenden Wahlkampf.

Jeder Betrieb muß vertreten sein!

Bezirksverband Berlin der SPD., Betriebssekretariat,  
Berlin SW. 68, Cludenstraße 3, 2. Hof II.

Schreiberhau um 5.34 nachmittags. Ankunft in Berlin, Schießschar Bahnhof, um 12.35 nachts. Fahrarten mit 33 1/2 Proz. Ermäßigung werden ausgegeben nach Hirschberg zum Preise von 12,60 M., Hermsdorf 13,20 M., Oberschreiberhau 14 M. und Krummhübel 14,80 M. Wanderungen unter sachkundiger Führung sind vorgesehen. — Bei aller Anerkennung des Strebens der Direktion, den Berlinern zu Ausflügen in die Weite zu verhelfen, scheint es doch notwendig, daß sie darüber die Nähe nicht vergißt und den Berlinern zu einer recht schnellen sonntäglichen Beförderung in die Ausflugsvororte verhelfe.

### Um ein Nichts erstochen.

Einen bösen Ausgang nahm ein Streit, in dem am Mittwoch nachmittag gegen 4 1/2 Uhr zwei Mieter des Hauses Linienstr. 57 gerieten. In dem dort bestehenden Mieterrat war der 63 Jahre alte Arbeiter Albert K. wiederholt wegen seines streitlustigen Wesens unangenehm aufgefallen und man hatte deshalb beschlossen, ihn aus dem Mieterrat zu entfernen. Am Mittwoch geriet K. in Streit mit dem 18jährigen Mechanikerlehrling Herbert B. der im gleichen Hause wohnt. Als der junge Mann ihm eine schimpfliche Antwort gab, zog K. plötzlich ein Messer und verfeigte seinem Gegner einen Stich in die linke Brustseite. Der schwer Verletzte wurde sofort in das Krankenhaus Roabit geschafft, starb aber dort nach kurzer Zeit. K. wurde von Passanten festgehalten und der Polizei übergeben.

**Blütenraum im Herbst.** Gestern erschien ein Freund unseres Blattes, der uns einen in voller Blüte stehenden Birnen- und ein überdrücktes. Das Kuriosum an diesem in Finkenkrug blühenden Baume ist, daß er zu gleicher Zeit eine zweite Blüte und noch die von der ersten Blüte herabgebrachten Früchte trägt.

Die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft veranstaltet vom 19. bis 21. Sept. 22. September eine Studienfahrt nach Mecklenburg: Besichtigung des Schlosses in Neudorf (Bartigkener Hof) sowie der Gärten und Parkanlagen der Schlösser in Bredenau und Rittenberg bei Stavenhagen, Burg Schlick bei Tetow u. a. m. Da die Führung entgegenkommenderweise die einzelnen Garteninspektoren bzw. Schlossgärtner übernehmen werden, so dürfen die Teilnehmer auf einige angenehme und interessante Reise tage rechnen. Wähe sind freundlichst eingeladen. Anmeldeungen bis spätestens 15. September 1925 an die Geschäftsstelle der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft, Berlin R. 4, Jannalidenstr. 42, Zimmer 551. Fernruf: Norden 122 62. Dabeist auch Kunst und genaues Programm.

**Winterferien.** Tischrechnen sind miteinander recht penibel zu betrachten. Nun nennt der Kritiker Rajahette keinen Alt-Hundes-Phädogogist und er hat nicht so unrecht damit. Er tollt und turnt mit seinen Jünglingen, Rudeln und Terriern, um die Weite, wie ein guter Lehrer, der seinen Schülern auch Kamerad sein kann. Die Folge ist Freiheit auf der Bühne und stürmische Heiterkeit bei den Zuschauern. Eine ebliche Schalkzimmernzene ist ganz besonders drohig. Ganz phänomenal wird der Pauer-Künstler Kadon, der mit absoluter Sicherheit in liebenswürdigster Form die Zuschauer macht. Einzigartig ist sein Nigurrenakt. Der Original Karsen in der Fala tritt gleichzeitig einer aus! enttäuscht etwas. Dieser Akt ist kein Akt, sondern ein Mensch, der einen Schimpanse ganz nett und geschickt aber ohne sonderliche Sensationen kopiert. Little P. D. J., der ausgezeichnete Sturz-Glow, mit seinem nachsüßeren erweisenden Lachen, ist wieder gelacht. Ebenso die adäquate Kur-Klein-Familie mit ihrem Madonnen. Die 24 Champagner-Verien, deutscher, wenn nicht Berliner Herkunft, legen einen prachtvollen Paradezug nicht entfernt so schnell und exakt hin wie es jede ernsthafte Tanztruppe fertig bekommt, das absolut gleichmäßige Beinwerfen können sie an den Engländern noch lernen. Ritter und Knappe, ein Akt ohne Aristokratie, zeichnet sich durch elegante Schwergewichtleistungen mit leichter Umarmung aus.

**Die Verwaltungskommision Berlin** veranstaltet vom 5.-22. Oktober d. N. einen Kursus zur Einführung in die gesamten durch die Umwertung entstandenen Fragen des privaten und öffentlichen Rechts. Dieser Kursus ist für Richter, Anwälte und Verwaltungsdramen von größter Wichtigkeit. In Vorlesungen werden gehalten: Landgerichtsdirektor Dr. Bunderlich; R. d. N.: Entstehung und gegenwärtiger Stand des Umwertungsproblems, Kammergerichtsrat Griebel, Mitglied des Umwertungsausschusses am Kammergericht; Die Umwertung von Hypotheken und sonstigen dinglichen Rechten, Wirk. Geh. Rat Dr. Kägel, Staatssekretär a. D.; Umwertung sonstiger privatrechtlicher Forderungen, insbesondere Industrieobligationen, Pfandbriefe, Sportobligationen, Versicherungsanprüche, Dr. Reusfeld, Oberregierungsrat im Reichsfinanzministerium; Umwertung öffentlicher Anleihen, Anmeldeungen zum Kursus sind an das Sekretariat der Verwaltungskommision, Berlin SW. 68, Charlottenstraße 50/51, zu richten. Fernsprecher: Zentrum 178.

### Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 11. September.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
4.30-5 Uhr abends: (Übertragung aus dem Fankhangarten) Funk-Blasorchester. Dirigent: Karl Woitschach. 6.40 Uhr abends: Zehn Minuten für die Frau („Aufbewahrung der Eier“). 7 Uhr abends: Polizeirat von Chappuis: „Naturschutz und Gesetze“. 7.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Gartenbau. Frau Oekonomierat Helene Braun: „Der Garten als Erzieher der Jugend“. 8 Uhr abends: Abteilung Völkerkunde. Professor Pandit Tarschand Roy (Lahore): „Einführung in die indische Kultur“. 2. Vortrag. „Die indische Religion“. 8.30 Uhr abends: Übertragung aus dem Hörsaal des Hauses der Funkindustrie: Sendespiele. Abteilung: Oper. Leitung: Cornelis Bronsgeest. „Der Schauspielere“, komische Operette von L. Schnaider. Musik von W. A. Mozart. Für den Rundfunk bearbeitet von Cornelis Bronsgeest. Dirigent: Georg Seil von der Berliner Staatsoper. Personen: Emanuel Schikaneder, Schauspielere: Eudard Kandi; Damann, dessen Nefte, Konzertmeister: Rudolf Deman; Wolfgang Amadous Mozart, Kapellmeister: Alexander Kirchner; ein Sänger: Franz Baumann; Antonie Lange, Sängerin und Schwägerin Mozarts: Maria Hussa Grove; Made-moiselle Uhlich, Sängerin aus Passau; Vilma Dellmar; Ziegler, Theaterdiener: Josef Peiz v. Felinau. Ort der Handlung: Wien 1790. 10 Uhr abends: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

### Die neue Standesordnung der deutschen Ärzteschaft.

In einer Zeit, in der die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft mit allen Mitteln bestrebt ist, ihre verlorene Stellung zurückzugewinnen, sind alle Bestrebungen, die von bürgerlichen Organisationen ausgehen und bindenden Charakter für deren Mitglieder haben, mit besonderer Kritik vom Proletariat zu betrachten.

Gerade die deutsche Ärzteschaft, die sich so gerne „zur berufenen Hüterin der Volksgesundheit“ ernannt, zeichnet sich durch eine ganz besonders feindliche Einstellung zu den arbeitenden Klassen aus. Ihre Führer suchen durch einen möglichst großen Terror alle sozial empfindenden Ärzte einzuschüchtern, und dazu soll ihnen die neue Standesordnung eine Handhabe bieten, die jeden angenommen worden ist. Im § 1 heißt es: „Der Beruf des deutschen Arztes ist Gesundheitsdienst am deutschen Volke. Die Ausübung dieses Berufes ist kein gewerbliches Unternehmen lediglich zu Erwerbszwecken.“ Der § 11 dagegen verlangt: „Jeder Arzt ist verpflichtet, nicht unter die aufgestellte Staats- bzw. Ortstage herunterzugehen.“ Zum Vorgehen gegen andersdenkende Ärzte ist der Abs. e des § 1 geschaffen: „Die Ausübung oder Betätigung wissenschaftlicher, politischer oder religiöser Ansichten als solche bildet, wenn sie in einwandfreier Form erfolgt, keinen Verstoß gegen die Standesordnung.“ Dieser Paragraph soll, wie schon früher, sozialdemokratische Ärzte, die öffentlich auftreten, in ihrer Rede- und Schreibfreiheit behindern. Die Verfasser folgen darin nur ihren großen Vorgängern, die durch die Schaffung der Ehrengerichte das Eindringen des „sozialdemokratischen Giftes“ in die Ärzteschaft verhindern wollten; jetzt aber damit wie früher die freie Meinung niederzuknappen suchen. Das vollkommene Fehlen jeden Mitgeföhls und jeder Kenntnis der Räte der breiten Massen beweist Abs. h: „...aus diesen Gesichtspunkten heraus (Verhütung und Beschränkung der Volksheugen) ist auch die Unterbrechung der Schwangerschaft und die Unfruchtbarmachung nur unter Einhaltung der von den Standesvertretungen erlassenen einschränkenden Vorschriften zulässig.“ Wo hier wird schon der Strafgesetzbuch vorgegriffen, indem die Ärzte in ihren Handlungen den Beschlüssen ihrer sogenannten Standesvertretung unterworfen werden sollen, die über dem Strafgesetzbuch stehen. Entsprechend der hohen Meinung, die die deutschen Ärzte von ihren Mitmenschen haben, sprechen sie in ihrer Standesordnung meistens von „Fällen“ statt von Kranken, die sie „abgeben“ bzw. „weitergeben“. Daß die Beratung mehrerer Ärzte bei einem Kranken die Öffentlichkeit zu scheuen hat, beweist § 17 Abschnitt b: „Der Meinungsaustausch der beratenden Ärzte muß ohne Zeugen stattfinden.“ Bei der in ihrer Einbildung überragenden Stellung, die die deutsche Ärzteschaft einnimmt, hat für sie selbstverständlich auch die Reichsverfassung keine Geltung. Denn nach § 20 „dürfen schriftliche Verträge oder mündliche Abmachungen jeder Art mit öffentlichen oder privaten Korporationen, insbesondere mit Versicherungsgesellschaften und anderen Anstalten sowie Krankenkassen jeder Art, nur in Übereinstimmung und nach Zustimmung der zuständigen Standesorganisation abgeschlossen werden“. Und nach § 21: „Bewußtes Zuwiderhandeln gegen die Direktiven der zuständigen Ärzteorganisation gilt als Verstoß gegen die Standespflichten.“

Aus solchen Standesordnungen und Standesgesetzen entspringt aber die zielbewusste Bekämpfung jeden Fortschrittes in der Sozialgesetzgebung. Es haben deshalb die an und für sich bedeutungslosen Satzungen einer so kleinen Gruppe, wie es die deutsche Ärzteschaft ist, eine große Bedeutung für das Proletariat, da es das Ausbeutungsobjekt dieser Ärzteschaft ist.

**Das Gift in der Baumwolle.** In der Scheuertuchfabrik in dem deutschböhmisches Grenzort Rosendain fand die arme Arbeiterin Kofka in der Abfallbaumwolle einen kostbaren Brillantstein, den sie behalten durfte, da zwar erwiesen ist, daß er aus Amerika stammt, dessen Wert aber bestimmt nicht hätte ermittelt werden können. Ueberdies sind in der Abfallbaumwolle schon öfter kleinere amerikanische Münzen gefunden worden, die die amerikanischen Wäcker verloren haben. Die arme Frau ist durch den wertvollen Besitz aus ihrer argen wirtschaftlichen Lage für längere Zeit befreit.

**Verhaftung eines Hochflaplers.** In Wültingen bei Saarbrücken gelang es, einen Hochflapler in der Person des „Schriftstellers“ Hans Fuhs aus Darmstadt, der sich Ferdinand Kangelmann nannte, wegen mehrfachen Betruges zu verhaften. Interessant genug ist es, daß es Fuhs gelang, als „politischer Schriftsteller“ ein Interdium bei dem Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes, Kautz, zu erlangen, über das er einen tendenziösen Bericht an die vorstehenden ausländischen Zeitungen weitergab.

### Geschäftliche Mitteilungen.

**Wort John E.-S. Gouffault, 20. 1925.** Ich bin mit: Das Septemberheft ist unecht! Das 5. September — Sonnabend — führte uns mehr als 2000 laufende Kunden zu. Die Einnahme dieses Tages war weit mehr als die Einnahme am Weihnachtsabend 1924. Am Montag, 7. September, war die Zahl laufender Kunden noch mehr als doppelt so groß wie am Sonnabend. Das Überwachen aus Ergebnis des Septemberanlasses ist auf die Höhe Witterung der letzten Tage zurückzuführen. Der Regen ist freilich gering und die Verdienstmomente im Hinblick auf unsere seit langer Zeit bestehenden Beziehungen sehr mäßig. Die Redaktion, das Sekretariat und die Mitarbeiter unserer Gesellschaft, die Arbeit hören, unsere Aktien an der Börse einzuführen, ist unsutreffend.

### Briefkasten der Redaktion.

**M. S.** Wir stellen anheim, den letzten Beistand zwecks Prüfung einzufordern. — **G. S.** Das Hausen einer Frau ist kein Schutzbegriff. — **R. S.** Sie müssen Aufmerksamkeit verschonen. Diese beträgt mindestens 25 Proz. des Geldmarktwertes. Rom 1.-10. Juni 1922 100 Kapitalmarkt gleich 1,23 Proz. vom 11.-20. 6. 100 Proz. gleich 1,57 Proz., und vom 21.-30. Juni 1922 100 Proz. gleich 1,38 Proz.

Wetter für Berlin und Umgegend. 11. 11. 1925 und unabhängig, mit leichten Regenschauern. — Für Deutschland: Im Osten schlierig, im Westen vereinzelte Regenschauer, auch im Osten wieder Abkühlung.

### Die echten holländischen

# POLAK PUDDINGE

In aller Welt, in Stadt und Land,  
ist A.T.P. rühmlichst bekannt.



### Zur Frage der Dauerkleingärten.

In der Vorbereitung für den Gedankengang der Dauerkleingärten hat der Reichsverband der Kleingärtner auch Angriffe gegen den Berliner Magistrat gerichtet. Jetzt äußert sich hierzu der Magistrat durch folgende Darstellung, die das städtische Nachrichtenamt verbreitet:

Der Reichsverband der Kleingärtner hat es für nötig gehalten, sich für die Idee der Dauerkleingärten einzusetzen. Niemand wird es dem Reichsverband verdenken, wenn er seine Interessen zu verteidigen sucht. Unverständlich ist es nur, daß er glaubt, seine Interessen dadurch besonders zu fördern, daß er den Magistrat angreift mit Behauptungen, die teils unrichtig, teils irreführend sind. Es steht fest, daß kaum eine andere Großstadt die vorhandenen Gelände zur Bestellung mit Kleingärten in dem Maße und der Intensität herangezogen hat wie Berlin. Die Größe der bestellten Kleingärten beträgt in Berlin zurzeit 6239 Hektar. Allein im verflochtenen Rechnungsjahr sind durch Zwangspacht 616 428 Quadratmeter neu erworben worden. Ferner wurden durch Zwangspachtungen 863 766 Quadratmeter neu geschätzt, d. h. es wurden zwischen den Eigentümern und den auf ihrem Gelände bereits befindlichen Kleingärtnern zwangsweise Verträge getätigt. Allerdings hat Berlin Dauerkleingärten bisher nicht ausgewiesen und das erregt offenbar den Unwillen der Kleingärtner. Durch die Aktion soll scheinbar erreicht werden, daß in Berlin diese Ausweisungen nunmehr mit Macht vor sich gehen in der Erwartung, daß dann auch die übrigen Städte im Reich folgen, da es Tatsache ist, daß Dauerkleingärten auch in anderen Großstädten noch nicht ausgewiesen sind. Der Hinweis auf Köln ist irreführend, da es sich dort um Verwendung des Festungsgürtels handelt, der ebenso wie etwa Teile des Tempelhofer Feldes zum Teil für Kleingärten Verwendung gefunden hat. Der Grund, daß Dauerkleingärten noch nicht ausgewiesen sind, ist darin zu suchen, daß die gesetzliche Grundlage hierzu fehlt. Diese wird erst mit Erlaß des neuen Städtebaugesetzes, dessen Entwurf nunmehr vorliegt, gegeben sein; zwar ist es möglich, auf Grund des Heimstättengesetzes Kleingartengebiete auszuweisen, aber die Bestimmungen des Heimstättengesetzes kommen zusammen mit der Kleingartenpachtverordnung einer Enteignung ohne Gegenleistung gleich. Aus diesem Grunde ist es besondere Pflicht der Verwaltung, die für die Heimstättengebiete in Betracht kommenden Gelände erst nach Anhörung aller in Frage kommenden Beteiligten zu bestimmen. Es müssen die diametral gehenden Interessen der Bodeneigentümer und der Kleingärtner gegeneinander abgemessen werden. Die Bezirksämter haben diese Prüfungen unter Hinzuziehung der verschiedenen Verbände seit Monaten nunmehr vorgenommen, so daß das Material vorliegt, das nun nicht vom grünen Tisch autoritativ, sondern an Hand der Vorschläge im Einvernehmen mit den Beteiligten endgültig festgelegt wird. Dies ist dem Kleingartenverband bekannt und der Angriff ist daher unverständlich. Im übrigen möge noch darauf hingewiesen sein, daß in dem Grünflächenplan, der einen Teil des Generalsanstellungsplanes bildet, dessen Fertigstellung demnächst bevorsteht, rund 20 000 Hektar an Grünflächen vorgesehen sind. In dem Bouzonenplan entfallen auf die Bauklasse I und II, das sind die Klassen, die nur ein Zehntel und zwei Zehntel bewaldete Ausweisung vorsehen und somit als die Paulischen der gärtnerischen Betätigung gelten, rund 32 000 Hektar. De außerdem auf Wasserflächen, Straßen- und Plätzen noch weitere rund 18 000 Hektar entfallen, so ergibt sich, daß von dem gesamten Stadtgebiet Berlins, das 88 000 Hektar umfaßt, rund 70 000 Hektar gleich 80 Proz. für Freizeitanlagen und gartenmäßige Betätigung vorhanden sind. Es bietet sich somit für die Zukunft reichliche Gelegenheit, der auch vom Magistrat anerkannter Kleingärtnerischen Betätigung nachzukommen. Allerdings wird die Ausweisung von Dauerkleingärten in diesem Rahmen nur nach und nach mit der Festlegung der Städteplanung erfolgen können und erst dann, wenn das neue Städtebaugesetz die wirkliche gesetzliche Handhabe dazu bietet.

Wir glauben nicht, daß die Kleingärtner von diesem Hinweis auf die Zukunft sehr befriedigt sein werden. Es wird Zeit, daß zur Sicherung von Dauerkleingärten endlich etwas geschieht.

**Sommerfest des 13. Kreises.** Die Parteiorganisation des 13. Kreises (Tempelhof-Pariendorfer) veranstaltet durch ihren Bildungsausschuß am Sonntag, den 13. September, nachmittags 2 Uhr, im Etablissement „Birkenwäldchen“, Tempelhof, Wanteuffelstraße, einem wunderschönen, alten Naturpark, ein Sommerfest. Eine be-

sondere Weihe erhält das Fest durch die Teilnahme von über 100 Waisenkindern, wovon 30 Kinder Angehörige des Kreises, 80 aber aus dem Rummelsburger Waisenhaus eingeholt werden. In dankenswerter Weise haben sich die Tempelhofer Parteigenossen bereit erklärt, schon Sonntag morgen nach der feierlichen Einholung der Kinder, sie in „Kost und Logis“ zu nehmen.

### Aus den Bezirken.

#### 18. Bezirk — Weihensee.

Die Bezirksverordnetenfraktion und die Kommunale Kommission beauftragten in der vorigen Woche unter Führung des Genossen Stadtrat Müller die kommunalen Einrichtungen des 18. Bezirkes. Die Befichtigung nahm auf dem modernisierten Fuhrpark der ehemaligen Gemeinde Weihensee ihren Anfang. Der weite Hof, der sonst bei Regenwetter nicht betreten werden konnte, hat jetzt Zementasphalt erhalten. Die Unterfunktürme für den Wagenpark und der Pferdestall mußten bedeutend erweitert werden. Die älteren Pferde wurden durch jüngere ersetzt. Der erste elektrische Sprengwagen konnte vor einigen Wochen in Betrieb genommen werden. Elektrische Bohr- und Rehrmaschinen sollen im nächsten Frühjahr angeschafft werden. Neben dem Fuhrpark befindet sich die von der früheren Gemeinde errichtete Pumpstation. Diese ist in den nächsten 10 Jahren außer Betrieb, da die Pumpstation in der benachbarten Carmen-Elva-Straße, die einst für das Schowiertel erbaut wurde, für diese Zeit die Entwässerung des 18. Bezirkes übernimmt. Durch die Stilllegung der Weihensee Pumpstation kann der dortige Reichtum mit geringen Mitteln zu einer Turnhalle umgebaut werden. Da gegenwärtig in der Rößelstraße eine große Doppelturnhalle zu einem Kostenpreis von 200 000 M. gekauft wird, werden demnächst den hiesigen Turnern drei neue Turnhallen zur Verfügung stehen. In dem Lejeunusprojekt ist eine weitere Turnhalle vorgesehen. Die erste Bauphase von 500 000 M. ist vom Magistrat bewilligt worden. Auf dem Sportplatz am Faulen See (Stadion des Nordostens) fehlte bisher jede Unternehmlichkeit. Diesem Mangel soll jetzt abgeholfen werden. In den nächsten Wochen soll auf der Südseite ein 50 Meter langes Unternehmungsgebäude gebaut werden. Ein weiterer Ausbau des Stadions ist für das Frühjahr geplant. Auch der Pferdemarkt zwischen der Rößel- und Schönstraße wird modernisiert. Die Lasten sind für den Bezirk nur gering, da der größte Teil der Kosten von den Pferdehändlern aufgebracht wird. Auf dem Gelände der Schönstraße und Boelckpromenade sind zurzeit sieben große Wohnhäuser im Bau. 105 moderne Ein- und Zweizimmerwohnungen mit allem Komfort sollen bis zum 1. Dezember fertiggestellt sein. Voraussetzungen werden die Mieten den Durchschnitt des Friedenspreises nicht übersteigen. In der Mitte des Häußerblocks wird statt eines Hofes ein großer Park angelegt. Auch in der Franz-Joseph-Straße, Trierer Straße, Gürtelstraße und in der Buchallee werden gegenwärtig moderne Wohnhäuser gebaut. Man rechnet damit, daß bis zum 1. April 1926 im 18. Bezirk die größte Wohnungsnot behoben sein wird, da bis zu diesem Zeitpunkt rund 450 neue Wohnungen geschaffen werden sollen. Die Erweiterung der Seebebauung am Weihen See soll erst im Herbst dieses Jahres vorgenommen werden, damit der Badebetrieb keinerlei Störung erleidet. Die Hauptstraße Weihensees, die Berliner Allee, erhält jetzt ein neues Gewand. Die beiden Fahrdämme erhalten Asphaltpflaster. Die Kosten der Regulierung belaufen sich auf 600 000 M. Auch die Voßbringerstraße aus Juppansstraße zum großen Jüdischen Friedhof wird gegenwärtig asphaltiert. Die Gustav-Adolf-Straße im Westbezirk ist vor einigen Tagen mit einer modernen Straßenbeleuchtung versehen worden.

#### Volkshilfsgesellschaft im Berliner Osten.

Die kulturelle Arbeit ist — wie sonst im gesellschaftlichen Leben auch — von den Behörden immer etwas fleischnüchtern behandelt worden. Es war insbesondere das Verdienst unserer Genossen in der Nachkriegszeit, daß endlich auf diesem Gebiete auch etwas mehr getan wurde. Wie eine gute Situation auf volkshilfsgesellschaftlichem Gebiete eine gute Auswirkung zeitigen kann, zeigt das Programm des Volkshilfsgesellschafts Friedrichshain, das seine Entstehung insbesondere der

Initiative unserer Genossen verdankt. Ein Einführungsabend am 26. September soll allen Teilnehmern — der Eintritt ist frei — vorerst einen Überblick über die Aufgaben der Volkshilfsgesellschaft geben. Hier spricht Dr. Ernst Joffe von der Staatsoper über die Themen „Kunstpflege und Kunstzerstörung“ und „Das Lied“ (hierzu Gefangenenlieder). Es folgen am 31. Oktober und am 12. Dezember zwei Vorträge Dr. Joffes über „Die Violine und ihre Meister“ und „Das Violoncello und seine Meister“, und am 16. Januar ein Kammermusikabend „Erste und heitere Musik aus dem alten Österreich“. Im Februar, März und April sollen kunsthistorische Vorträge mit Lichtbildern das künstlerische Interesse der Bevölkerung wecken, bei einem Eintrittspreis von nur 20 Pf. Auch an großen Veranstaltungen ist im Winterprogramm 1925/26 einiges Gute vorgesehen. So soll schon am 27. November im Saalbau Friedrichshain Beethovens „Neunte Sinfonie“ zur Aufführung kommen. Am 23. Januar ist ein Volksliederabend und am 26. März ein großes Orchesterkonzert für heitere Musik. Auch die Armen, die Erwerbslosen und die Altersrentner sollen fernerhin nicht leer ausgehen. Ihnen werden kostenlos Kunstabende geboten werden.

#### Die im Jugendheim vorgebotenen Reichsfarben.

Die sozialistische Arbeiterjugend Steglitz hatte in ihrem Jugendheim mehrere Fahnen in den Reichsfarben Schwarz, Rot, Gold zur Ausschmückung angebracht, sie ging dabei von der richtigen Voraussetzung aus, daß das Zeigen der Reichsfarben unmöglich als parteipolitische Agitation zu bewerten sei, um so weniger, als ja die Parteifahne der SA die rote ist. Anders aber denkt darüber der deutschnationale Stadtrat Winkler in Steglitz. Er behauptet, da er sich für Schwarzweißrot, die Monarchistenfahne, entschieden hat, die Reichsfahne sei nur der Ausdruck einer parteipolitischen Anschauung, und habe deshalb auf Grund jener Richtlinien, die die Bürgerlichen im Bezirkparlament gegen den Willen unserer Fraktion beschloffen haben, im Jugendheim nichts zu suchen. Die schwarzrotgoldene Reichsfahne mußte also aus dem Steglitzer Jugendheim entfernt werden. Was wäre wohl einem städtischen Beamten früher geschehen, der die Farben des Deutschen Reiches aus einem Jugendheim entfernt hätte? Eine Anklage wegen Landesverrats war doch das wenigste.

Aber die standalösen Richtlinien für die Belegung der Jugendheime wirken sich noch ganz anders und viel verderblicher aus. Uebt da die Ortsgruppe Steglitz der SA, zur Fahnenweihe ihre Kampflieder und Sprechchöre ein, natürlich im Jugendheim, wo dafür doch sicher der geeignete Platz ist. Was aber tut das Jugendamt Steglitz? Es verbietet den Jugendlichen diese Betätigung mit dem Hinweis darauf, sie sei parteipolitisch. Da muß man doch fragen: Wo in aller Welt soll denn eine sozialistische Jugendgruppe ihre Lieder singen, wenn nicht im Jugendheim? Welcher andere Raum könnte wohl geeigneter hierzu sein? Oder glaubt man den Jugendlichen das Singen und Sprechen verboten zu müssen. Warum läßt man denn nicht gleiches Recht für alle gelten, da man doch den Jungsturmläuten und Bismardbündlern gestattet, ihre Kampflieder im Jugendheim zu singen. Sind diese Lieder etwa unpolitisch? Warum tritt man nicht auch dem Unfug der deutschnationalen Jugendgruppen entgegen, die sogar ungeschult im Jugendheim rauchen, was doch bei der SA sofort streng geahndet werden würde? Glaubt der deutschnationale Stadtrat Winkler etwa auf diese Weise die Arbeiterjugend vergewaltigen zu können?

Den Erwachsenen aber sei immer wieder gesagt, nur die Tatsache, daß die Reaktionen in Steglitz solche starke Stöße an der ihnen ergebenden Bezirksversammlung haben, läßt diese so unerbittlich gegen Arbeiterkinder ausstoßen. Sorgt dafür, daß bei der kommenden Neuwahl diese Mehrheit stark gelähmt wird, damit unser Einfluß auch in den Deputationen ein größerer werde. Das Bezirksamt aber sollte sich mit diesen Dingen einmal eingehend beschäftigen, denn es bedeutet eine vollkommene Verkennung der Idee des Jugendheimes, wenn man den Jugendlichen, die wie die SA, staatsbehaltend wirken wollen, die Betätigung verweigert, während die Anhänger einer volksfeindlichen Bewegung geduldet und sogar noch verhört werden.

# Reichs- und Alpenfahrt des ADAC

Mehr als für die Wagen war für die Bereifung die Fahrt die höchste Zerreißprobe. Glänzend bewährte sich durch geringste Abnutzung und höchsten Gleitschutz

Der Klasse-Reifen

# DUNLOP

Von 9 gestarteten Wagen 9 am Ziel ohne Reifenwechsel auf Dunlop

Sechs Wagen davon bestanden die schwierige Berg- und Flachprüfung auf aller-schlechtesten Straßen strafpunktfrei u. errangen höchste Preise im Gesamtklassement.

Herr Höss auf „Pluto“ Erster  
Herr Kall auf „Opel“ Zweiter  
Herr Pitz auf „Ariel“-Motorrad strafpunktfrei in Berg- und Flachprüfung.  
Erster in der Gesamtwertung seiner Klasse auf Dunlop-Cord  
Eigene Ueberzeugung leitete die Fahrer in der Reifenwahl  
Beste Zeit aller Kraftäder  
Die Weltmarke bürgt für Qualität!

## Wirtschaft

### Zur Erntestatistik 1913 und 1925.

Zu unserm gestern veröffentlichten Schaubild über die Ernterergebnisse wird uns geschrieben:

Den Schaubildern sind die amtlichen Erntestatistiken zugrunde gelegt worden. Diese sind jedoch anerkanntermaßen sowohl für die Vor- wie die Nachkriegszeit unrichtig; und zwar ist für die Vorkriegszeit wohl mit einer allgemeinen Uberschätzung der Erträge um circa 10 Proz. zu rechnen. Zum mindesten ist dies das Ergebnis einer Reihe von statistischen Berechnungen, denen sich selbst Herr Dr. Ritter von der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer angeschlossen hat. Gerade umgekehrt sind die Statistiken der Nachkriegszeit durchweg als zu niedrig zu betrachten; die Annahme einer zehnprozentigen Unterschätzung für diese Jahre dürfte hinter der Wirklichkeit eher zurückbleiben als sie überstreben. Wenn man diese Korrekturen von 10 Proz. beide Male vornimmt, ergibt sich aber ein ganz anderes Bild als nach den amtlichen Statistiken. Es betrug die Ernte (in Mill. Doppelzentner):

an	1911-13		1925	
	amtl.	wirkl.	amtl.	wirkl.
Winterweizen . . . . .	83,2	80	26,5	29,1
Sommerweizen . . . . .	4,4	4	2,6	2,9
Winterpelz . . . . .	4,2	3,8	1,6	1,8
Winterroggen . . . . .	94,5	85	75,4	83
Sommerroggen . . . . .	1,8	1,2	1,3	1,4
Gerste . . . . .	28,7	28	24,3	26,7
Hafer . . . . .	76,8	69,1	54,9	60,4

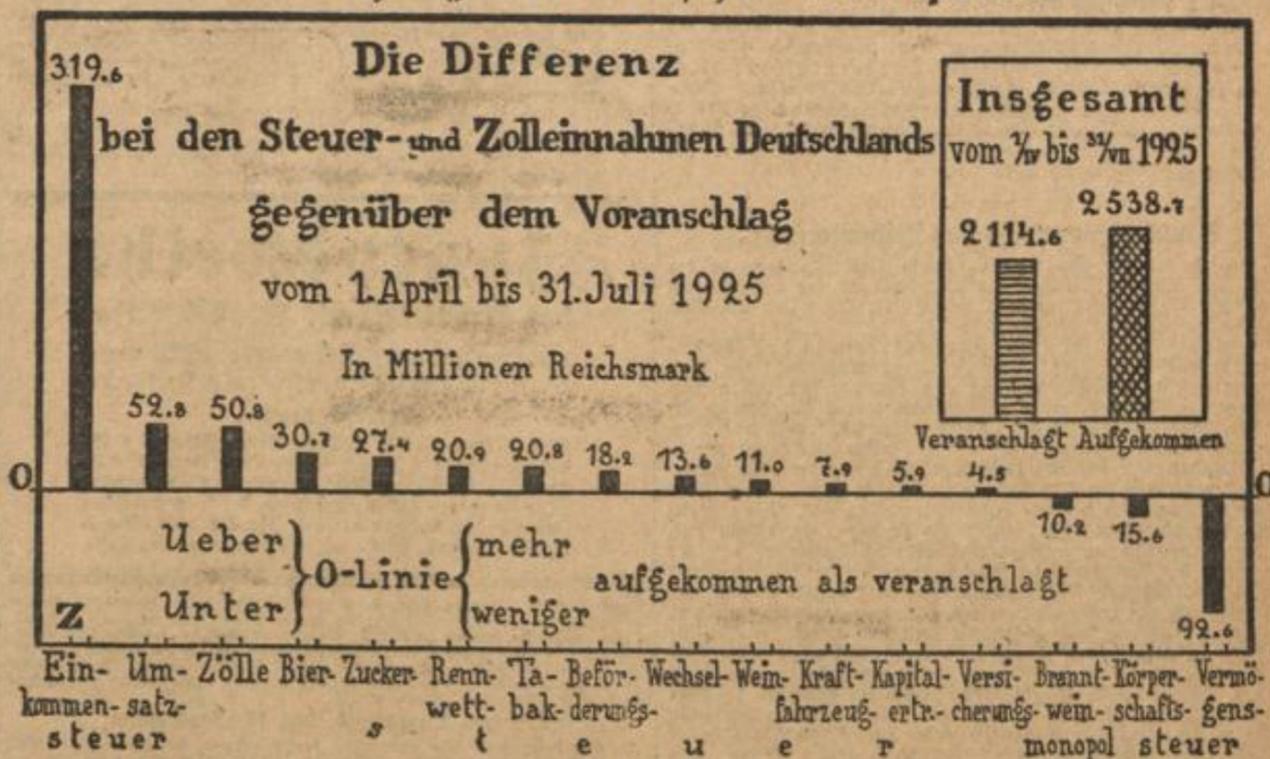
Es ergibt sich also, daß die Gesamtgetreideernte nicht sehr viel kleiner ist als im Durchschnitt der letzten drei Vorkriegsjahre. Diese wurden zum Vergleich herangezogen, weil das Jahr 1913 bekanntlich ein besonders ausgezeichnetes Erntejahr war. Wahrscheinlich wird man nicht fehl gehen, wenn man sagt, daß praktisch die Friedensernte wieder erreicht ist. Das bedeutet aber, daß die deutsche Landwirtschaft tatsächlich überhaupt mindestens den Friedensstand erreicht hat. Denn der Rindviehbestand ist wieder auf der Friedenshöhe; zwar ist die absolute Zahl der Tiere noch hinter dem Friedensstand zurück, aber der prozentuale Anteil der Kühe, d. h. des Milchviehs ist gewachsen, so daß der Rückgang wesentlich auf Arbeitsvieh entfällt, das zum Teil durch Pferde, zum Teil durch motorische Kraft ersetzt sein dürfte.

### Die Kartellbekämpfung in Norwegen.

Im Hinblick auf die jetzt von der deutschen Regierung angekündigten Maßnahmen gegen die Kartelle interessiert die in Norwegen geplante, jetzt vor der parlamentarischen Behandlung stehende Kartellgesetzgebung. Der neue norwegische Gesetzentwurf über die Kontrolle der Preisgestaltung im allgemeinen und darüber hinaus der Kartelle, Trusts und anderen Zusammenschlüsse wurde im April l. J. fertiggestellt und soll, falls das Parlament noch während seiner Herbsttagung die Vorlage erledigt, am 1. Januar 1926 in Kraft treten. Es lag bereits ein Gesetz von 1920, in den folgenden Jahren ergänzt vor. Die alte Regierungsvorlage von 1924 sah einen gewissen Abbau der Kontrolle vor. Im Gegensatz dazu empfahl die mit der Prüfung der Frage betraute Trustkommission weitgehende Verschärfungen. Inzwischen ist in Norwegen eine Linksregierung ans Ruder gekommen, deren Entwurf eine sehr scharfe Kontrolle vorsieht, wenn diese auch nicht so weit geht, als von der Trustkommission empfohlen wurde.

Zur Durchführung der Kontrolle wird ein aus fünf Mitgliedern bestehender und vom König ernannter Preisrat eingeführt werden, dem kommunale Kontrollräte angegliedert werden können. Jeder Zusammenschluß im Erwerbseben, Abmachungen und Regelungen, die die Preis-, Produktions- und Umsatzeverhältnisse betreffen, und für die Marktverhältnisse im Inland von Bedeutung sein können, ja sogar die Absicht zur Errichtung solcher Zusammenschlüsse muß angemeldet und die Vereinbarungen müssen registriert werden. Eine Anmeldepflicht ist auch heute vorhanden. Mit Zustimmung des Preisrates kann jeder sich mit dem Inhalt des Registers bekannt machen. Die größeren Gesellschaften mit über einer Million Kronen Kapital müssen auch die

## Die Nutznießer der deutschen Steuerpolitik.



Jahresabrechnung mit Gewinn- und Verlustkonto dem Preisrat unterbreiten. Jeder ist verpflichtet, dem Preisrat Auskunft zu geben. Letzterer hat die Befugnis zur Einsichtnahme in die Geschäftspapiere, Direktions- und Verhandlungsprotokolle, ja zur Beschlagnahme dieser Dokumente.

Was die Preisbemessung anbelangt, so wird nur im allgemeinen ausgedrückt, daß es nicht erlaubt sei, ungebührliche Preise zu berechnen. Im übrigen kann das Ministerium oder in seinem Auftrag der Preisrat selbst Bestimmungen zur Preisregelung erlassen, vor allem in Fällen, wo eine wirksame Konkurrenz nicht vorhanden ist. Es kann verboten werden, daß Waren vom Umsatz zurückgehalten werden. Auch ist es den Verkäufern nicht erlaubt, ohne Zustimmung des Preisrates Mindestpreise für den Weiterverkauf festzusetzen. Der Preisrat kann verbieten, zwischen Kunden und Bezirken Unterschiede zu machen, wenn dadurch die Konkurrenz ungebührlich beschränkt oder erschwert werden kann. Der Preisrat kann verbieten, Waren für offenbar unzulängliches Entgelt zu liefern oder für einen unbillig hohen Preis zu kaufen, sofern nach Ansicht des Rates die Konkurrenz dadurch ungebührlich beschränkt oder erschwert werden kann und die Absicht besteht, einem Konkurrenten zu schaden. Ein gewerbsmäßiger Boykott (Sperrre) kann nur mit Zustimmung des Preisrates durchgeführt werden und diese wird verweigert, wenn die Abmachung unbilligsten Verlust oder bedeutenden Nachteil verursachen kann. Der Entwurf enthält Verfügungen darüber, daß bei Ausschreibungen nicht eine heimliche Vereinbarung der Konkurrenten untereinander gemacht werden darf. Die Kartelle und andere Zusammenschlüsse können nur auf ein Jahr mit dreimonatiger Kündigungsfrist errichtet werden. Durch Verordnung können sie aufgelöst beziehungsweise die Abmachungen oder Regelungen ungültig erklärt werden. Auch die Einrichtungen der Kartelle wie zum Beispiel Verkaufsorganisationen können aufgelöst werden. Als Strafen für die Übertretungen sind Gefängnis und Beschlagnahmestrafen vorgesehen.

Wie aus dem Dargestellten hervorgeht, richtet sich der Entwurf nicht gegen das Bestehen, sondern gegen die Mißbräuche der Kartelle. Die meisten Maßnahmen sind nur Kann-Vorschriften, die die Entscheidung in die Hand des Preisrates legen, und nur selten absolute Verbote. Wichtig ist aber die Kontrolle der öffentlichen Meinung, die vor allem durch den Zwang der Registrierung und die Erlaubnis zur Einsichtnahme in die Register ermöglicht werden soll.

### Die größte Wasserkraftanlage Deutschlands.

Aus München wird uns geschrieben: Seit einigen Monaten ist die Anlage, die die Wasserkraft des Inn in Elektrizität umwandelt, fertiggestellt und soll in Betrieb genommen werden.

Der Bau wurde im Frühjahr 1919 begonnen und ausschließlich mit Geldern des Reiches finanziert. Bayerns Beteiligung an der Gesellschaft beruht lediglich auf der Einbringung der Konzession für die Nutzung des Inn. In der Mitte eines bayerischen Lawes, unterhalb Mühldorf, wurde der wasserreiche Gebirgsfluß angeschnitten und in dem ziemlich flachen Gelände durch einen 20 Kilometer langen Kanal eine Fallhöhe von 31 Meter gewonnen. Der Kanal führt eine Wassermenge von rund 300 Kubikmeter-Sekunden, die in 15 Druckröhren von je 50 Meter Länge und 4 Meter Durchmesser in 15 mächtige Turbinen fällt, deren Generatoren dann eine Gesamtleistung von 126 000 Pferdestärken hervorbringen. Dieses Maschinenhaus ist das imponierendste der ganzen Anlage, die sonst sichtbar überall mit der größten Einfachheit errichtet wurde. Die Größe des wirtschaftlichen Wertes ist daraus zu ersehen, daß diese 15 Maschinenteile zusammen täglich rund 1,5 Millionen Kilowattstunden erzeugen; angelehnt an fast schwankenden Wasserverhältnisse beträgt die Jahresleistung 465 Millionen Kilowattstunden, was einer Arbeitsleistung von rund 10 Millionen Zentner Steintofel entspricht.

An der Errichtung des Wertes waren zur Zeit des Hochbetriebes etwas 10 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. 14 Millionen Kubikmeter Erde mußten bei dem Kanalbau ausgehoben werden, wozu 43 Bagger, 2000 Rollwagen und 115 Lokomotiven in Tätigkeit waren. Die für den Kanal und die Krafthausanlage benötigte Menge Beton beläuft sich auf 400 000 Kubikmeter.

Die gemonnene elektrische Kraft wird nicht etwa für die Elektrizitätsversorgung Bayerns und anderer deutscher Gebiete verwendet, sondern ausschließlich für die elektrochemische Industrie, für die Herstellung von Aluminium und Kaliumstickstoff. Zu diesem Zweck ist unmittelbar unter dem Krafthaus eine moderne Fabrikanlage errichtet worden, der Tonerde aus dem Rheinland zugeführt wird und die täglich mit der Hälfte des Stromes 30 000 Kilogramm Reinaluminium erzeugt. Die andere Stromhälfte wird in die 60 Kilometer Innauflwärts gelegenen pri-

## und wie?

Wir haben das Niveau der Preise in der Erkenntnis, dass Schuhe lebensnotwendige Artikel sind, stets in den untersten Grenzen gehalten. Dies war nur auf Grund unseres Rieseneinkaufs, unserer Riesenspeicher und unseres Riesensatzes möglich, Faktoren, deren Vorteile unseren Kunden resilio zugute kommen.

### Hier der Beweis:

<p><b>Damen-Einspangenschuhe</b> echt Chevreau, moderne Form, halbhohler Absatz... <b>8<sup>90</sup></b></p> <p><b>Damen-Lack-Schnür- und Spangenschuhe</b> halbrunde Form, für Strasse und Gesellschaft... <b>11<sup>50</sup></b></p> <p><b>Damen-Lack-Einspangenschuhe</b> mit Chevroileinsatz, chicor Komtesseabsatz, wie Abbildung... <b>12<sup>50</sup></b></p>	<p><b>Herren-Derbystiefel</b> in Rindbox, moderne breite Form, besonders kräftige Sohlen, weisse gedoppelt... <b>8<sup>90</sup></b></p> <p><b>Herren-Schnürschuhe</b> in Boxcalc, grau Nohuk, Strassenschuh... <b>14<sup>90</sup></b></p> <p><b>Herren-Schnürstiefel</b> prima Rindbox, mit echt. Zwischensohlen, moderne Form, mit und ohne Derby, Original Goodyear-Weit... <b>14<sup>90</sup></b></p>	<p><b>Filzgamaschen</b> mit Lederinsatzung, für Damen 10 Knopf 8,25, für Herren... <b>5<sup>50</sup></b></p> <p><b>Schulstiefel</b> wetterfest, besonders kräftig gearbeitet, mit Oesen und Agraffen, Gr. 31-35 5,75, Gr. 27-30... <b>4<sup>90</sup></b></p> <p><b>Kamelhaar-Umschlag-</b> schuhe f. Damen m. Filz... <b>2<sup>75</sup></b> und Ledersohle, Gr. 36-42... <b>2<sup>75</sup></b></p>
--	--	--

# Leiser

Wir haben das Alleinherstellungsrecht der

### VORWERK-GARANTIE-BESOHLUNG

Sie ist billiger als Leder, hat 3fache Lebensdauer und ist eine Wohltat für den Fuss. Vorwerk-Absätze verhindern das „Schlafäusen“ der Absätze.



## Eine historische Puzmamsell.

Von Carry Brachvogel.

(Schluß.)

Eine alte Komödiantin, zu der man „alte Komödiantin“ sagt, den Effekt mag sich jeder ausdenken, der sich auf Mimikpsychologie versteht! Die Quinault, die nicht nur einen vornehmen Liebhaber, sondern auch große Konnexionen besitzt, erfüllt die ihr offenstehenden Salons mit ihrem Kagegeschrei, dessen sich die Racine'sche Medea nicht zu schämen brauchte. Schreit so befehlen und wirksam, daß selbst die Königin ihr Ohr nicht verschließen kann und Fräulein Bertin überredet, der tödlich gekränkten Künstlerin Abbitte zu leisten. Wohl oder übel muß die seltsame Puzmamsell gehorchen, lag aber sechs Wochen krank infolge ihres Bittgangs, den Fräulein Quinault ihr noch mit hundert kleinen Niederträchtigkeiten erschwerte, so daß die erhaltene Lektion unergötzlich blieb. Wenn sie späterhin gegen eine Kundin hochfahrend werden wollte, brauchte diese nur ganz nebenher zu fragen: „Sagen Sie, Liebe wie geht es eigentlich Fräulein Quinault?“ Da wurde die Hoflieferantin der Königin rot und artig wie ein kleines Mädchen, das auf dem ersten Ball ist.

Leider muß sich aber diese erhabene Frau nicht nur mit alten Komödiantinnen ärgern, auch die Konkurrenz macht ihr Verdruß, und die Damen von Geblüt, die diese Konkurrenz protegierten. Da ist Beauclard, der der Königin eine künstliche, parfümierte Rose überreicht, in deren Kelch auf einen Nagelzahn hin das Bild des Königs erscheint. Da ist Bengel (offenbar ein Deutscher), der als erster künstliche Blumen für den Damenputz erfindet, da ist Picot, die in Versailles aufstauete, als wäre sie Bertin selbst! Was kann ein schmaches Weib tun, das von beiden Geschlechtern in seinem heiligsten Interesse — der Klientel — bedroht wird? Fräulein Bertin ist um Antwort nicht verlegen. Der Picot spuckt sie einfach ins Gesicht, Beauclards Rose rächt sie an der Prinzessin Lamballe, indem sie sich weigert, fernschreiben für die Prinzessin zu arbeiten, da sie den Schwarzkünstler an den Hof der Königin gebracht hat, so daß Marie Antoinette sich abermals ins Mittel legen muß, um eine Veröhnung der Häuser Lamballe und Bertin herbeizuführen. Nur gegen Bengel läßt sich nichts machen, weil eine neue Erfindung auch nicht mit Spucken und Schmolzen aus der Welt geschafft werden kann.

Doch trotz aller Konkurrenz behält der „Großmogul“ seinen Platz und Rose Bertin unverändert die Gunst der Königin, mögen auch dann und wann kleine Trübungen in der fragwürdigen Intimität vorkommen, die Puzmamsell und Herrscherin vereint. Fräulein Bertin macht im wahrsten Sinne des Wortes die Weltmode, denn sie schickt allmonatlich eine von ihrer Hand und mit ihren Kreations ausgeleitete große Puppe der Reihe nach in alle Hauptstädte Europas, wo die ersten Geschäfte schon jeßnützig des Mannequins harren, um ihn alsbald zu kopieren. So groß und erschütternd ist der Eindruck, den der reizende Mannequin macht, daß französische Poeten ihn in vierlichen Versen besingen. Und endlich erfüllt sich auch die Schicksalsprophezeiung von der nachgetragenen Schleppe, freilich nur durch das Versehen eines Bauernmümmels und zum großen Gaudium des ganzen Hofes. Fräulein Bertin die nach Versailles stets einen Diener mitnahm, der ihr bei der Verfrachtung der Kartons helfen mußte, hatte einst einen provinziellen Hans Lapps eingestellt, der die Ermahnung des Bertinischen Stubenmädchens: „Paß auf, was die anderen tun, und mach es ebenso!“ gar zu wörtlich nahm und das Kleid seiner Herrin als russischer Page aufhob, weil er sah, daß die eleganten Latzeln in Versailles es bei ihren Fürstinnen und Gräfinnen taten.

Langsam begann der Glanz des Königtums und die heitere Sorglosigkeit der Königin zu verblasen. Die Rot des Landes, der Finanzen schreit so laut, daß Marie Antoinette diesem Schrei nicht länger ihr Ohr und Herz verschließen kann. Die Ziffern des Toilettenbudgets sinken ebenso stetig, wie sie zuvor gestiegen sind, die Königin beweint den Tod von Mutter, Bruder und Kindern, und ihr junges Haupt beginnt zu ergrauen, lange bevor sie den Temple betrat. Sie fühlt, da sie noch kaum dreißig zählt, sich schon altern und quält sich mit trüben Abnungen. So sagt sie eines Tages der Bertin: „Heute Nacht habe ich geträumt, daß Sie mir lauter schöne, helle Bänder brächten, aber sowie ich die Hand danach ausstreckte, wurden sie schwarz.“ Immer untröster werden die Zeiten, immer verhängnisvoller für die Monarchie und alle, die ihr anhängen. Das Geschäft der Bertin geht merklich zurück, denn die Aristokratie ist entweder schon außer Landes gegangen oder — ihre Rechnung schuldig geblieben. Wohl hat Fräulein Rose sich ein ganz hübsches Vermögen zusammengespart, auch ein Landgut in Epinay erworben, aber dennoch war das „Haben“ in ihren Büchern die sie übrigens sehr (schlampig-führte) verschwindend gegenüber dem „Soll“ der aristokratischen Kundschaft, die ihre letzten Posten erst im Jahre 1843 auf dem Vergleichswege an die Bertinischen Erben bezahlte. . . Wenn der Mantel fällt, muß auch der Herzog mitfallen, wenn die Kundschaft verweist, hat auch der Lieferant nicht mehr viel in der Hauptstadt zu suchen — so verließ denn auch Fräulein Bertin Paris und begab sich nach Deutschland und England. Zu ihrer Ehre muß es gesagt sein, daß sie nicht egoistisch und trostlos sah, wie so viele Emigranten, nein, auch jetzt noch steht sie im Dienst der Königin. Im Auftrag der allerhöchsten Frau, die sich offiziell schon verpflichtet hat, Barnave jeden Brief lesen zu lassen, den sie schreibt, begibt sich die Bertin nach Wien, um Kaiser Franz II. Briefe und Gefühle zu übermitteln, in denen Marie Antoinette ihre wirkliche Meinung über den Verlauf der schrecklichen Dinge und die eigene Lage zum Ausdruck brachte. Gar seltsame Gegenstände lernt Fräulein Bertin auf ihrer Reise durch Deutschland kennen, und ihr kluger Kopf mag oft von Affen und Frauen angewandelt worden sein über die Nützlichkeit aller irdischen Dinge und Empfindungen. In Koblenz hielt die königlichen Prinzen so vergnügt und üppig Hof, als stünde das unglückselige Königspaar nicht schon unter dem Schwerte, in Hamburg hinwieder waren Damen, die in Versailles ein Laburet besessen hatten, Schneiderinnen und Modistinnen geworden und mußten sich noch glücklich preisen, wenn sie im Kampf ums tägliche Brot nur die Zartheit ihrer Finger eingebüßt hatten, nicht ihr ganzes Selbst. . . Auch in England findet sie natürlich Landsleute vor, wird von allen fettert und mit schmeichelhaften Erinnerungen überschüttet, empfängt auch von früheren, nimmeh in der Welt umherstreifenden Käufern und Käuferinnen vertrauliche Briefe, aber Geld, Geld war so rar geworden, daß es selbst der Frau auszugehen drohte, durch deren Hände sonst jährlich Hunderttausende gerollt waren wie Kieselsteine. Vergleichlich müht sie sich, um dort wenigstens Teilzahlungen der Schuldbestände einzutreiben; Bertröstungen auf bessere Zeiten, die ja nicht ausbleiben können, sind das einzige, was sie empfängt. Da sitzt sie denn im nebelumrauten London und denkt voll Unruhe an ihr Geschäft in Paris, dem sie, die Seele, fehlt. Träumt wohl auch von entwichenen schönen Tagen und von allen den anmutigen, interessanten und abenteuerhaften Gestalten, die ihre Kunst in Anspruch nahmen. Von der Dubarry und vom schrulligen, perverfen Chevalier D'On, der so gern in Weiberleidern ging und dem sie ein schönes Trouergewand gefertigt, von der Gräfin Franziska von Hohenheim, der späteren Herzogin von Würtemberg, die den jungen Schiller ein wenig für die Lady Milford Modell stand und die in Wirklichkeit oder wenigstens in Paris sich so ganz anders ausnahm, als das junge Schwabengenie sie erblühte, daß Marie Antoinette über sie nach Wien schrieb: „Der Herzog von Würtemberg zieht hier überall mit seiner Geliebten, einer etwas minderen Gräfin herum.“ Ach, wo waren sie hin, die Jahre, da sich jede Mode, jede Eleganz nur in Paris die Anerkennung holen konnte, da es der Traum jedes kleinen deutschen

Prinzen war, wenigstens ein Jahr in Paris zu leben und durch Lieberlichkeit angenehm aufzufallen? Vorbei, vorbei. . .

Ueber alle Wanderungen hinweg, über stürzende Kabinette, gebrochene Eide, verrätene Parteien, blieb die Königin ihrem Modeminister treu. Bis zum Tage des Tuileriensturmes sind in den Büchern des „Großmogul“ die laufenden Bestellungen zu verfolgen, die freilich nur mehr die Summe von etwa 900 Franken betragen. Welch ein Abstand gegen die siebziger und den Anfang der achtziger Jahre, wo die Königin jährlich zwischen einer halben Million und einer Million für ihre Toiletten ausgegeben hatte!

Nach dem Sturze der Schreckensherrschaft kehrte die Bertin nach Paris zurück, führte ihr Geschäft weiter, hat es aber nie mehr zur alten Höhe bringen können. Für Jahre hinaus lastete immer

## Völkischer Nachwuchs.



„Ihr sollt doch keine politischen Abzeichen tragen, ich werde es Eurem Lehrer melden!“  
— Wir sind ja noch gar nicht in der Schule!“

noch schreckliche Geldnot auf dem ganzen Lande, und als endlich der junge General Bonaparte die Siege erfocht, die Frankreich in rasender Schnelle über ganz Europa erheben sollten, da war für alle und alles, was zum ancien régime gehörte, die Zeit vorbei, und der Sonntag eines neuen Geschlechtes brach an. Neue Sitten kamen, neue Moden, und die neue Modedönigin — Josephine Bonaparte — brachte auch gleich einen neuen Modeminister mit.

Da zog sich die Bertin, die nun schon dick und ältlich geworden war, mehr und mehr auf ihr Landgut in Epinay zurück, häßelte ihre beiden Neffen, tat viel Gutes und starb schließlich friedlich und hochgeachtet am 22. September 1813.

Bleibt noch die Frage offen, wie Rose Bertin, das Kind des galanten Jahrhunderts, sich mit der galantesten und süßesten aller Lebensfragen auseinandergesetzt hat. Der Autor ist in diesem Punkte außergewöhnlich diskret, deutet nur einmal mit ein paar Worten an, daß sie gelegentlich von einem Liebhaber finanziell tüchtig ausgebeutet worden sei. Nun, das ist (zur Schande des stärkeren Geschlechtes muß es gesagt sein) bei den arbeitenden Frauen aller Stände keine große Seltenheit, aber zu verhängnisvollen Herzensstorheiten scheint keiner die kluge Provinzalin hingerissen zu haben. Ihr Leben gehörte dem Geschäft und dem Gärgeiz, und so bildet ihre Silhouette einen scharfen und anmutreichen Gegensatz zu der leichtfertigen Französin, die wir uns so gern als galischen Univerfaltyp vorstellen, zeigt uns eine Frau, die trotz aller Fehler und Väterlichkeiten mit ihrem Pfund zu wuchern verstand und aus einer arbeitsreichen Jugend zu einem geordneten, heiteren Lebensabend hinübererschritt.

## Helgoland.

Von Ernst Umsloh.

Wenn man auf dem „Kartoffelweg“ das dreieckige Oberland abwandelt, so muß man hier und da an redenden und gestikulierenden Menschen vorbeigehen, denen es die Ruinen der einstigen militärischen Herrlichkeit Helgolands angetan haben.

Hat man Glück, so kann man im Vorbeigehen auch sachkundige strategische oder politische Äußerungen auffangen: „Wenn die Engländer — — ja, früher, das war doch — — die verfluchte Revolution — —“

Ah bin dann immer etwas rascher gegangen. Lernen wollte ich selber von diesen Strategen und Politikern am Kartoffelweg nichts. Und die anderen belehren? Die Mühe lohnt nicht, sie sind unbefehrbar. Versuche es nur einmal, ihnen klar zu machen, daß ihre eigene Unwissenheit und nationale Ueberheblichkeit vor dem Kriege einen großen Teil Schuld daran trägt, wenn es heute nicht mehr so ist wie „früher“! Ueberzeuge sie, daß es für Helgoland besser gewesen wäre, wenn man es in herausfordernder Weise zu einem furchterregenden Stützpunkt ausgebaut und statt dessen die vielen Millionen lieber zu Stützpunkten für das liebe schöne Felsenfest verwendet hätte!

Leider tracht es bedenklich im Felsengebälk von Helgoland.

Bei der Einfahrt sah ich oben auf dem Felsen eine schwarzrotgoldene Fahne wehen.

Nach den vielen Unfreundlichkeiten, die sich auch in diesem Jahre wieder die verfassungsmäßigen Farben in deutschen Seebädern gefallen lassen mußten, nahm ich diese Tatsache mit Freude und Genugtuung zur Kenntnis.

Als ich aber später diesem Wunder näher rückte, blieb nichts von ihm übrig. Das Schwarz in der Fahne war ein von der Zeit etwas mitgenommenes Grün, und das, was ich für ein etwas ausgebleichtes Gold gehalten hatte, war in der Nähe ein angebranntes Weiß. Immerhin war die alte grünweißrote Fahne Helgolands wenigstens keine offensichtliche Demonstration gegen die Republik.

Auch am Badestrand vermehrt man mit Freunden die schwarzweißrote Flaggenala und den sonstigen männlich-fernen Strandsbürgerprotest gegen die Nopemberteute und den Schandfrieden von Versailles. Freilich ist auch das nur auf geographische Besonderheiten des Helgoländer Badestrandes und nicht auf „grundtägliche Erwägungen“ zurückzuführen.

Rur ein Krabbenfischer aus Curhaven, der mit seinem kleinen „Sturmvogel“ an einem Sonntage inmitten der Laufende von Sonntagsgästen aus den Großstädten im Hafen vor Anker legte, hakte die schwarzrotgoldene Fahne.

Man wird verstehen, daß ich dem Schiff einen Besuch abstattete und einige gute Brasil in den Händen der wackeren Seeleute zurückließ.

Was wohl der wackere (schwarzrotgoldene) Hoffmann von Fallersleben sagen würde, wenn er noch lebte!

Man hat ihm an einer bevorzugten Stelle ein Denkmal gesetzt, gegen das sich nichts einwenden läßt.

Aber damit glaubt man, so scheint es, der Erinnerung an den deutschen Dichter, der auf Helgoland das Deutschlandlied schuf, genug getan zu haben.

Ich habe erst durch mehrere Geschäfte vergeblich hindurchgehen müssen, ehe ich unter Hunderten von Ansichtskarten eine Karte von Hoffmann oder seiner damaligen Wohnung erhielt.

Und an dem Denkmal und an dem kleinen Fischerhäuschen habe ich nur selten jemand vorbeigehen oder stehenbleiben sehen, dem es anzumerken war, daß ihm, wenigstens während seines Aufenthalts auf Helgoland, der Dichter Hoffmann von Fallersleben mehr war, als irgendein anderer der vielen deutschen Dichter.

Wenn sich nicht bald die Freunde des Sängers der Freiheit und Demokratie oder auch beherrschende Stellen der kleinen Fischerkate annehmen, in der damals Hoffmann wohnte und die auch die Wiege unserer jetzigen Nationalhymne ist, so wird sie allmählich wie andere gleichgültige Fischerhäuschen zusammensinken. Bis dahin wird sie der jeweilige Besitzer je nach Neigung und Geldbeutel allenfalls durch Reparaturen stützen und durch Delantrieb schmücken, die beide sicher gut gemeint sind, aber nicht immer der Bedeutung des Hauses entsprechen werden.

Einst, als Hoffmann hier hauste, war die kleine Kate das letzte verlorene Häuschen nach Norden hin mit einem unbeschränkten Blick über das weite Meer, niedrig und gebückt, wie um sich vor den Stürmen zu verziehen, heimelig und lauber, wie alle die Fischerhäuser auf Helgoland. Das ist sie im großen und ganzen noch heute; aber ringsherum sind große gleichgültige Häuser, Hotels und eifrig malige militärische Gebäude entstanden. Eines Tages verschwindet auch Hoffmanns Haus oder doch der Blick aus seinen Stuben über das Meer, wenn nicht Pietät und Dankbarkeit vorbeugen.

Es verdient schon, daß es Nationalbesitz wird, und daß in seinen Räumen die Erinnerung an den Dichter und seine schwarzrotgoldenen Ideale gepflegt wird.

Helgoland ist doch das schönste deutsche Seebad, sofern man auf die See und auf das Baden und nicht auf Nebendinge den eigentlichen Wert legt.

Bewiß, auch Westerland ist schön und Rorderney und Swinemünde können sich sehen lassen.

Aber sie sind doch alle mehr oder weniger an die Nord- oder Ostsee vertegte Freibäder von Wannsee.

Das kann man von Helgoland mit gutem Recht nicht sagen. Schon der Anmarsch ist zu beschwerlich. Man muß sich auf einige Stunden einem Schiff zu einer oft recht natürlichen Seefahrt aussetzen. In Helgoland selbst wird man „ausgebaggelt“.

Zwar ließe sich die Prozedur auch einfacher und billiger durch einen Anleger bewerkstelligen. Als ich aber einen Helgoländer diesen naheliegenden Vorschlag machte, meinte er ebenso treuherzig wie überzeugend: „Na, dat mat' wei nich! Bi wöl' doch oof verdeenen!“

Aber wenn man in Helgoland ist, ist man noch immer nicht am Badestrand. Der befindet sich drüben auf der Düne, diesem originalen Vorort von Helgoland.

Auch dort hinüber kommt man nur mit dem Fährboot, das nach naturwissenschaftlichen Gesetzen und aus alter Ueberlieferung mit den Meeresmogen munter auf und ab tanzt.

Rancher scheut diese neue Herausforderung und begründet das mit dem leichtverständlichen Satz, daß ihm solche Umstände nicht behagten und er lieber bade, wo es bequemer sei.

So bleibt nur ein kleiner Rest übrig, dem es wirklich nur auf das herrliche Baden, ohne das viele Rode-Drum und -Dran, freilich auch ohne Kinder und damit verbundene Lustigkeit ankommt.

Zuoberst kostet das Uebergehen auf die Düne natürlich Geld, denn die Helgoländer „mät doch verdeenen“. Und darum müssen in jedem Fährboot drei bis vier seefeste Helgoländer sein — man weiß zwar nicht, warum —, und drüben beim Anlegen müssen immer sechs bis acht Helgoländer mit ihren Hosen bis an die Knie oder noch tiefer ins Wasser gehen und das anliegende Boot sanft an ihre zottigen Wärmehüllen drücken — man weiß zwar nicht, warum.

Aber — mögen die Helgoländer immer noch auf lange Zeit ihre von den Vätern und Urgroßvätern ererbten Besonderheiten bewahren, wenn sie dadurch nur verhüten, daß auch Helgoland seine Eigenart verliert.

In fast allen Geschäften von Helgoland fallen große Plakate auf, daß dort unverzollte und unversteuerte ausländische Waren zu haben seien.

Man kann zu erschwinglichen Preisen irische Blatts und englische Gummimantel und Marmeladen, französische Cognacs, holländische Schnaps und die etwas langweiligen holländischen Zigarren, ja man kann hört, ihr Käufer! — echte Bock und Henry Clogs zum dritten Teil des Preises haben, den man in Deutschland dafür bezahlen müßte.

Die Gelegenheit gilt es zu nützen!

Denn sie gilt nur für die paar Quadratkilometer von Helgoland! Vor der Rückfahrt klemmen sich deutsche Zollbeamte zwischen dich und dein Gepäck und suchen nach deinen beabsichtigten Zollhinterziehungen.

Wenn ich nur wüßte, ob der deutsche Zollfiskus ein menschliches Verstehen haben wird.

Korbsee, du schöne, du unvergleichliche! Wie oft habe ich um dich gekämpft, mit Unwissenden, mit Bananen, mit Bläfferten.

Du seist eintönig, du hästest keine bewaldeten Ufer, nicht Berg und Tal, nur Sand und Wasser, Wasser, Wasser!

Was weiß, wer so spricht, von dir, Korbsee, du schöne!

Was weiß er von deiner Herrlichkeit, bei Tag und bei Nacht!

Was weiß er von deiner Ruff, dieser wundervollen, vielseitigen, die bald einflutet, zu dämmerndem Schweigen, wie ein Beethoven'sches Andante. Und die dann wieder scherz und tändelt, wenn die Wellen spielend an den Bug des Seglers schlagen. Und die am schönsten ist, wie ein Beethoven'sches Presto, wenn sie donnert und brüllt und sich in leidenschaftlichem Troß auslehnt. Menschenfeste, wie gleichst du dem Wasser!

Was weiß er auch von deinen Farben, wenn sich der Himmel und seine Gestirne, wenn sich Sonne und Mond in dir spiegeln, wenn Gewitter herannahen, wenn die Nebel brauen, und wenn schließlich doch immer wieder Reghaft die Sonne alles durchleuchtet und dem Ocean in die Arme sinkt! Menschenfeste!

Auch an anderen Meeren sei es ja oder ähnlich? Mag sein, aber für mich kommt keines der Nordsee gleich.

Freilich, wir kennen uns lange. Sie ist meine älteste und immer gleich junge Geliebte. Seitdem ich als elfjähriger Junge meine erste stürmische Seefahrt im erschreckend kleinen Radschleppdampfer von Bremerhaven um Neumark herum nach Hamburg gemacht habe, bin ich ihr verfallen, mit Leib und Seele.

Und sie dankt mir diese Treue an Leib und Seele! Dankbar spüre ich es, wenn in langen Wintermonaten Wetterstürme Leib und Seele bedrängen.

Sei gegrüßt, Korbsee, du schöne!

# Die amtliche Gewinnliste

Über die 5. Klasse **Hauptziehung** ist erschienen und bei mir einzusehen oder käuflich zu haben.

Meine geschätzten Kunden bitte ich, Ihre Stamm-Nr. baldmöglichst zu erneuern.  
Zur 1. Klasse der 252. Staatslotterie / Ziehung am 16. u. 17. Oktober

habe ich für neue Interessenten noch Lose frei:

1/4 Los	1/2 Los	1/2 Los	1/2 Los	Doppellos
3 M.	6 M.	12 M.	24 M.	48 M.

**Friedrich Müller, Staatlicher Lotterie-Einnehmer** Berlin C 19, Jerusalemer Strasse 18  
nächst der Leipziger Strasse

## Theater Lichtspiele

Volksbühne  
7 1/2 Uhr: HAMLET

## Staats-Theater

Opernhaus  
7 1/2 Uhr: Troubadour  
Opernhaus am Königsplatz  
7 1/2 Uhr: Zer und Zimmermann  
Schauspielhaus  
8 Uhr: Der Bär, Die gr. Katharina  
Schiller-Theater  
8 Uhr: Jungfrau von Orléans

## Deutsches Theater

Dr. Knock  
von Romains

## Kammerspiele

8 Uhr  
Sechs Personen

schon einen Autor

von Pirandello

Die Komödie

Kurfürstendamm 206-207

8 Uhr

Herz ist Trumpf

von Gandéra

Berliner Theater

8 Uhr

Gastspiel

Kammerspieler

Rich. Tauber

Operette in 3 Akten

in Venedig

von Johann Strauß

Th. u. K. Theater

8 Uhr

Die hellblauen Schwestern

Königsplatz

8 Uhr

Annemarie

Residenz-Theater

8 Uhr

Annemarie

## Großes Schauspielhaus

Direktion: Karl Rosen

Täglich 8 1/2 Uhr:

„Für Dich!“

Regie: Erik Charell

Musik u. Gesangstexte: Ralph Benatzki

Bühnenbilder u. Kostüme: Ernst Stern

Parkett M. 5., Balk. M. 4., 1. Rang M. 3., 2. Rang M. 1.-6., 3. Rang M. 6.75, Logen u. Klubsessel M. 7.- bis M. 12.- Vorverkauf ab 10 U. vorm. ununterbr.

Sonntags 2 Vorstellungen, 3 Uhr nachmittags Vorstellung zu ermäßigten Preisen.

Komische Oper

8 U. Dir.: James Klein 8 U. Europas meist gespielte u. somit erfolg. Revue:

400

Das hat die Welt noch nicht geseh'n Sommerpreise!

WALHALLA

7 1/2 Uhr: Die lustige Revue

Mal was anderes

mit Lotte Werkmeister - Agel Wilke

Lamberti - Felsen - Rob. Schmidt usw.

Prüf. 6.40-4.50. Vorv. ab 11 U. vorm.

WINTERGARTEN

TARZAN

das amerikanische Original

im Jubiläumsspielplan.

Sonntag nachm. 7 1/2 Uhr halbe Preise!

Rauschen gestattet

Reichshallen-Theater

Abend 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr

Stettiner Sängerk

Nachm. halbe Preise, volles Abend-Prögr.

Dönhoff-Brettli

(Saal und Garten)

Das beliebte Familienvariété

Elite-Sänger

Königsplatz 8 - Tel. Mpt. 14077.

Tägl. 8 Uhr, auch Sonntag nachm. 3 Uhr (zu halben Preisen)

die konkurrenzlose Revue:

Berlin... da kleckst!

(Vorverkauf: 11-14, und 5-6 Uhr.)

Rennen zu Karlshorst

Sonntag, 12. September

nachmittags 2 1/2 Uhr

Schmidt-Paul-Jagdrennen

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:

Claireaux als Kamsell Angol

Karawina Kirchhoff usw.

Alexanderplatz

Kaum glaublich

und doch wahr, das mein schmeißiger

Enkel nach Gebrauch einer Flasche

ihres Dancraftwollens „Inkraft“

auf einer größeren Stelle am Hinter-

kopf, wo die Haare durch einen Stein-

## Unwiderruflich nur noch 11 Tage in Berlin!

**Riesen-Circus Krone**

Schönhäuser Allee • Hochbhf. Danziger Str.

Haupteingang Rudolf-Mosse-Straße. Tel.: Humboldt 99

Täglich abends 8 Uhr

Das grandiose Weltstadt-Programm

Sonntags und Sonntags 2 Vorstellungen: 4 u. 8 Uhr

Preise (nur Sitzplätze) 1.20 bis 14.- Mark

Nachmittags Kinder bis zu 12 Jahren halbe Preise

Vorverkauf ab 1/2 10 Uhr vormittags an den Circuskassen ununterbrochen und bei A. Wertheim

## HUNDE

Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.

Tierärztliche Poliklinik

Chausseestraße 93

neues Kriegervereinshaus

Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

## Auf Teilzahlung??

bei kleiner Anzahlung und bequemsten Raten

Herren- u. Damengarderobe

zu weit herabgesetzten Preisen

Zur Konfirmation

Einsegnungs - Anzüge

in allen Größen und Preislagen

Central Garderobehaus

nur Weinmeisterstraße 3. I

## Metallbetten

Stahlmatt. Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 650 frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

## BUCHER

für die JUGEND

Richard Lohmann: Werde Ganzpörg. M. 1.75

Karl Bröger: Jakob auf der Himmelsleiter Ganzl. 2.40

Th. Thomas: Gib meine Jugend mir zurück Geb. 1.-

Jürgen Brand: Gerd Wullenweber Geb. 1.75

Jürgen Brand: Reise nach Island Ganzl. 4.20

Jürgen Brand: Ulenbrook Ganzl. 2.80

Wilh. Bölsche: Erwanderte Geologie Kart. 1.50

Ernst Krafft: Fliegen und Funken Ganzl. 2.80

Ernst Krafft: Vom Kampfkord z. Massen-

sport Kart. 1.-

F. Fehenbach: Im Haus der Freudlosen Kart. 2.20

P. Kampffmeyer: Vom Zunftgesellen zum freien Arbeiter Ganzl. 1.95

P. Kampffmeyer: Lassalle, ein Erwecker der Arbeiterkulturbewegung Kart. 0.70

W. Bloss: Florian Geyer Kart. 1.10

H. Cunow: Politische Kaffeehäuser Kart. 1.30

O. Mayer: Lassalles Weg zum Sozialismus Brosch. 0.50

Zu beziehen durch:

J. H. W. Dietz Nachf. G.m.b.H.

Lindenstr. 2, Abt. Sortiment.

## Ruhiger schlafen

lenn ich, nachdem ich mit einem Ge-

folge Reichel's Halbdrament

gekannt habe, ich habe mich viel

mal und vor allen Dingen haben

die Bergschmerzen nachgelassen. So

und ähnlich schreiben viele bei

neuen Leiden, Schilddrüse, Her-

schmerzen. Nur Erfolge beweisen. Große

Flasche M. 2.50. In Drogerien und

Apotheken erhältlich, sonst bei

Otto Reichel, Berlin 43 50.,

Ostendstraße 4.

## Verkäufe

Reichs- (Richter-Präsident), Eichen-

heide-Goldfäden-Präsident, Bureau-Prä-

sidat, Kissen, Kissen, Kissen, Kissen,

Reichs- (Richter-Präsident), Eichen-

heide-Goldfäden-Präsident, Bureau-Prä-

sidat, Kissen, Kissen, Kissen, Kissen,

Reichs- (Richter-Präsident), Eichen-

heide-Goldfäden-Präsident, Bureau-Prä-

sidat, Kissen, Kissen, Kissen, Kissen,

Reichs- (Richter-Präsident), Eichen-

heide-Goldfäden-Präsident, Bureau-Prä-

sidat, Kissen, Kissen, Kissen, Kissen,

Reichs- (Richter-Präsident), Eichen-

heide-Goldfäden-Präsident, Bureau-Prä-

sidat, Kissen, Kissen, Kissen, Kissen,

Reichs- (Richter-Präsident), Eichen-

heide-Goldfäden-Präsident, Bureau-Prä-

sidat, Kissen, Kissen, Kissen, Kissen,

Reichs- (Richter-Präsident), Eichen-

heide-Goldfäden-Präsident, Bureau-Prä-

sidat, Kissen, Kissen, Kissen, Kissen,

Reichs- (Richter-Präsident), Eichen-

heide-Goldfäden-Präsident, Bureau-Prä-

sidat, Kissen, Kissen, Kissen, Kissen,

Reichs- (Richter-Präsident), Eichen-

heide-Goldfäden-Präsident, Bureau-Prä-

sidat, Kissen, Kissen, Kissen, Kissen,

Reichs- (Richter-Präsident), Eichen-

heide-Goldfäden-Präsident, Bureau-Prä-

sidat, Kissen, Kissen, Kissen, Kissen,

Reichs- (Richter-Präsident), Eichen-

heide-Goldfäden-Präsident, Bureau-Prä-

sidat, Kissen, Kissen, Kissen, Kissen,

Reichs- (Richter-Präsident), Eichen-

heide-Goldfäden-Präsident, Bureau-Prä-

sidat, Kissen, Kissen, Kissen, Kissen,

Reichs- (Richter-Präsident), Eichen-

heide-Goldfäden-Präsident, Bureau-Prä-

sidat, Kissen, Kissen, Kissen, Kissen,

## Möbel

Gelegenheit. Kleiderbügel 18.-

Werkzeile 15.-, Waschtische 15.-, Kran-

zettel 25 Mark, Sofa 15.-, Röhren

24.-, Möbelhaus Gottlieb, Röhren- und

Werkzeile 15.-, Waschtische 15.-, Kran-

zettel 25 Mark, Sofa 15.-, Röhren

24.-, Möbelhaus Gottlieb, Röhren- und

Werkzeile 15.-, Waschtische 15.-, Kran-

zettel 25 Mark, Sofa 15.-, Röhren

24.-, Möbelhaus Gottlieb, Röhren- und

Werkzeile 15.-, Waschtische 15.-, Kran-

zettel 25 Mark, Sofa 15.-, Röhren

24.-, Möbelhaus Gottlieb, Röhren- und

Werkzeile 15.-, Waschtische 15.-, Kran-

zettel 25 Mark, Sofa 15.-, Röhren

24.-, Möbelhaus Gottlieb, Röhren- und

Werkzeile 15.-, Waschtische 15.-, Kran-

zettel 25 Mark, Sofa 15.-, Röhren

24.-, Möbelhaus Gottlieb, Röhren- und

Werkzeile 15.-, Waschtische 15.-, Kran-

zettel 25 Mark, Sofa 15.-, Röhren

24.-, Möbelhaus Gottlieb, Röhren- und

Werkzeile 15.-, Waschtische 15.-, Kran-

zettel 25 Mark, Sofa 15.-, Röhren

24.-, Möbelhaus Gottlieb, Röhren- und

Werkzeile 15.-, Waschtische 15.-, Kran-

zettel 25 Mark, Sofa 15.-, Röhren

24.-, Möbelhaus Gottlieb, Röhren- und

Werkzeile 15.-, Waschtische 15.-, Kran-

zettel 25 Mark, Sofa 15.-, Röhren

24.-, Möbelhaus Gottlieb, Röhren- und

Werkzeile 15.-, Waschtische 15.-, Kran-

zettel 25 Mark, Sofa 15.-, Röhren

24.-, Möbelhaus Gottlieb, Röhren- und

Werkzeile 15.-, Waschtische 15.-, Kran-

zettel 25 Mark, Sofa 15.-, Röhren

24.-, Möbelhaus Gottlieb, Röhren- und

Werkzeile 15.-, Waschtische 15.-, Kran-

zettel 25 Mark, Sofa 15.-, Röhren

24.-,